

Tim Geiger

Westliche Anti-Terrorismus-Diplomatie im Nahen Osten

Die enge Verbindung zwischen deutschem Linksextremismus und radikalen Palästinenser-Organisationen ist bekannt. Ohne die logistische, materielle und praktische Hilfe der Palästinenser hätten Rote Armee Fraktion (RAF), „Bewegung 2. Juni“ und die Revolutionären Zellen (RZ) nie jene Schlagkraft und Virulenz entwickelt, durch die sie sich in die Geschichte einschreiben konnten¹. Zudem waren Länder wie Jordanien, Libanon, Südjemen, Irak, Algerien und Libyen in den 1970er Jahren Trainings- und Rückzugsgebiete für die linke „Stadt-Guerilla“ der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Staaten. Insofern war der ohnehin spannungsreiche, da durch die arabisch-israelischen Auseinandersetzung, regionale Rivalitäten, religiös-ökonomische Konflikte sowie den Kalten Krieg geprägte Nahe Osten ein zentrales Schlachtfeld westlicher Anti-Terrorismus-Politik.

Ausgehend von der Jordanienkrise 1970, durch die sich gleich mehrere westliche Staaten mit der Herausforderung des internationalen Terrorismus konfrontiert sahen, sollen zunächst Grundlinien der westlichen Anti-Terrorismus-Politik im Nahen Osten aufgezeigt werden. Die Sicherheitskooperation mit Israel als *dem* westlichen Vorposten in der Region steht im Zentrum des zweiten Abschnitts, während im dritten Teil die klandestinen staatlichen Kontakte mit Palästinenser-Organisationen betrachtet werden, die es als Bündnispartner vom europäischen Linksterrorismus zu trennen galt.

1. Jordanienkrise 1970: *Dawson's Field Hijackings* und „Schwarzer September“

Am 10. Februar 1972 verübten drei Palästinenser auf dem Flughafen München-Riem einen Anschlag auf einen mit Passagieren eines El Al-Flugs besetzten Flughafenbus sowie den Transitraum. Es gab einen Toten und mehrere Schwerverletzte, die Attentäter wurden verhaftet². Innerhalb weniger Tage folgten die Brandstiftung in einem jüdischen Altenheim in München am 13. Februar mit sieben Toten

¹ Vgl. dazu grundlegend Thomas Skelton-Robinson, Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969–1980), in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 828–904.

² Verantwortlich zeichnete die AOLP (Action Organization for the Liberation of Palestine) des Mediziners und späteren PLO-Führungsmitglieds Issam Sartawi. Vgl. „Granate im Arm“, Der Spiegel, 23. 2. 1970, S. 19; Wolfgang Kraushaar, „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“, München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek 2013, S. 36–49.

sowie der Bombenanschlag der marxistisch orientierten PFLP, der *Popular Front for the Liberation of Palestine*, am 21. Februar auf eine in Frankfurt/Main gestartete Austrian Airlines-Maschine, der glimpflich verlief – anders als der zeitgleiche Anschlag auf eine in Zürich gestartete Swissair-Maschine mit 47 Toten³.

Einen Monat nach Andreas Baaders gewaltsamer „Befreiung“ aus der Untersuchungshaft und Ulrike Meinhofs Übertritt in den Untergrund am 14. Mai 1970 landete die Gründergeneration der RAF in Beirut, um nach Jordanien in ein Ausbildungslager von Jassir Arafats Hausorganisation al-Fatah zu reisen. Dort wurde die RAF im militärischen Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult⁴. All das war der Bundesregierung bekannt, inklusive dem exakten Aufenthaltsort im Palästinenserlager Baqaa nahe der jordanischen Hauptstadt Amman, das pikanterweise „mit Mitteln der deutschen Palästinahilfe“ unlängst winterfeste Unterkünfte erhalten hatte⁵.

Doch Bonn waren die Hände gebunden. Jordanien war 1970 ein „failing state“: Die Zentralgewalt des haschemitischen Königshauses wurde durch eine Vielzahl palästinensischer Freischärler im Lande, die Fedayin, in Frage gestellt, die das Land mit seinem hohen palästinensischen Bevölkerungsanteil zum Aufmarsch gegen Israel nutzten. Bonns Botschafter in Amman, Hans-Joachim Hille, riet von einem Auslieferungsantrag für die RAF-Angehörigen ab. Jeder Versuch, sie bei den Fedayin zu verhaften, werde zu blutigen, für die jordanische Regierung existenzbedrohenden Gewaltausbrüchen führen; ein Haftbefehl bringe nichts – außer die radikalen Palästinenser zu Angriffen auf westdeutsche Ziele zu reizen⁶.

Auch so war die Lage im Land explosiv. Während des RAF-Trainings in Jordanien erfolgte ein Attentatsversuch auf König Hussein⁷ und eine Geiselnahme westlicher Ausländer durch George Habaschs PFLP⁸. Damit sollte die Rücknahme von Maßnahmen erzwungen werden, mit der die jordanische Regierung ihre Souveränität gegenüber den Fedayin wiederherstellen wollte. Erst als der Haschemistenstaat einlenkte, kamen die Geiseln frei⁹.

³ Vgl. Robert Kumamoto, *International Terrorism and American Foreign Relations 1945–1976*, Boston 1999, S. 128; Kraushaar, *Wann endlich*, S. 86–96, 168–182. Die Bombe war in einem Luftfrachtpaket aus München versteckt. Kraushaar macht für die Flugzeugattentate die syriennahe PFLP-Abspaltung *PFLP-General Command* von Ahmed Jibril verantwortlich.

⁴ Vgl. Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, München¹⁴ 1998, S. 121–124; Butz Peters, *Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF*, Frankfurt a. M. 2008, S. 198f. Bereits im Sommer 1969 hatte sich eine Gruppe um den ehemaligen APO-Aktivist Dieter Kunzelmann, darunter dessen damalige Lebensgefährtin und spätere „Bewegung 2. Juni“-Angehörige Inge („Ina“) Siepman sowie Georg von Rauch, zur Kampfausbildung in ein Fatah-Lager in Jordanien begeben, vgl. Gerd Koenen, *Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt a. M. 2002, S. 176f.; Kraushaar, *Wann endlich*, S. 363f.

⁵ Vgl. Drahtbericht (fortan: DB) Nr. 210 des Botschaftsrats (fortan: BR) Nowak, Beirut, 18. 6. 1970, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (fortan: PA-AA), B 83 (Ref. 511), Bd. 1076.

⁶ Vgl. DB Nr. 464 des Botschafters Hille, Amman, 6. 7. 1970, PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1076.

⁷ Vgl. DB Nr. 347 des Legationsrats I. Klasse (fortan: LR I) Mende, Amman, 9. 6. 1970, in: PA-AA, B 36 (IB4), Bd. 473.

⁸ Vgl. DB Nr. 349 des LR I Mende, Amman, 9. 6. 1970, in: Ebenda.

⁹ Vgl. Fernschreiben Nr. 5978 des Bundespresseamts, 12. 6. 1970, in: Ebenda.

Trotz Kontakts mit den ebenfalls betroffenen Amerikanern und Briten sorgte sich die Regierung Brandt-Scheel primär um das Leben ihrer Staatsangehörigen. Während des mehrtägigen Geiseldramas suchte sie Hilfe beim Generalsekretär der Arabischen Liga¹⁰, aber auch bei Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), genauer deren Hauptorganisation Fatah, in Bonn, Beirut und Kairo (dort bei Jassir Arafats Bruder Gamal)¹¹. Das war nur bedingt zielführend, denn die verantwortliche PFLP gehörte zwar zum Dachverband der PLO, war aber die schärfste innerpalästinensische Konkurrenz der Fatah.

Jedenfalls zeigt dies, dass die Bundesregierung in Notsituationen wenige Berührungspunkte gegenüber Organisationen hatte, denen Einfluss in Terror-Fragen zugeschrieben wurde, gerade weil sie selbst zu politisch motivierter Gewalt neigten.

Anfang Juli kam es dabei zu einem Gespräch von Botschafter Hille mit einem Fatah-Führungsvertreter namens „Abu Hassan“. Mit Blick auf Bonns Lösegeld-Angebot in der Geisellaffäre stellte der junge Fedayin klar, dass seine Organisation mit den „Gangster-Praktiken“ der PFLP so wenig zu tun habe wie generell mit einem marxistisch-leninistischen Weltbild. Zwar seien die Ostblock-Staaten den Palästinensern behilflich, doch die Bundesrepublik deshalb nicht zwangsläufig ein Feind; Bonn sei vielmehr gut beraten, künftig Beziehungen zur Fatah als größter PLO-Organisation zu pflegen¹². Der Gesprächspartner, über dessen tatsächliche Identität der Diplomat im Unklaren blieb, war kein anderer als Arafats „Kronprinz“ Ali Hassan Salameh, der kurz zuvor noch Baader und Genossen im Fatah-Camp Hilfe gegen den „westdeutschen Imperialismus“ in Aussicht gestellt hatte¹³ und später als einer der Drahtzieher des Attentates vom 5. September 1972 auf die israelische Olympia-Mannschaft in München 1972 berühmt-berüchtigt wurde!

Am 6. September 1970, dem vor „9/11“ schwärzesten Tag der zivilen Luftfahrt, entführten Mitglieder der PFLP zeitgleich vier Flugzeuge. Dies gelang mit einer PanAm-, TWA- und Swissair-Maschine, während in einer El Al der israelischen Crew die Ausschaltung der beiden Geiselnahmer gelang. Die überlebende Hijackerin, die bereits durch frühere Flugzeugentführungen bekannte Leila Kahled, wurde beim Nothalt in London festgesetzt. Das führte prompt drei Tage später zur Entführung eines weiteren britischen Flugzeugs. Während die PanAm-Maschine gleich nach Landung und Freilassung der Passagiere in Kairo gesprengt wurde, wurden die anderen Flugzeuge auf eine in britischer Mandatszeit von der *Royal Air Force* angelegte Flugpiste in der jordanischen Wüste nahe Zerqa umdirigiert: Dawson's Field¹⁴. Obwohl die jordanische Armee ihrerseits einen Belagerungsring um das von der PFLP zum „Flughafen der Revolution“ deklarierte Gelände zog, befanden sich über 300 Passagiere in der Gewalt der PFLP. Sie drohte mit der

¹⁰ Vgl. Drahterlaß (fortan: DE) Nr. 2442 des Ministerialdirigenten (fortan: MDg) Müller, 10. 6. 1970, in: Ebenda.

¹¹ DB Nr. 362 des VLR I Jesser, Kairo, 10. 6. 1970; DE Nr. 2472 des MDg Müller an Beirut, 11. 6. 1970, in: Ebenda.

¹² DB Nr. 452 des Botschafters Hille, Amman, 1. 7. 1970, in: PA-AA, B 150, Bd. 206.

¹³ Vgl. Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 132f.

¹⁴ Vgl. Skelton-Robinson, Netz, S. 841f.; Kraushaar, Wann endlich, S. 393–401.

Sprengung der vollbesetzten Maschinen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Neben Lösegeld wurde v. a. die Freilassung von palästinensischen Genossen in Israel, der Bundesrepublik, der Schweiz und Großbritannien verlangt. Im Falle der Westeuropäer waren dies die drei Attentäter von München-Riem, drei in der Schweiz wegen eines Angriffs im Vorjahr auf eine El Al-Maschine einsitzende Palästinenser¹⁵ sowie Leila Khaled. Da unter den Passagieren viele Amerikaner, nicht zuletzt besonders gefährdete US-israelische Doppelstaatler waren¹⁶, wurde neben der Einschaltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) auf Initiative der Nixon-Administration in der Schweiz ein internationaler Krisenstab aus den vier westlichen Ländern gebildet: die „Berner Gruppe“. Israel stellte von Anfang an klar, dass es an den Koordinierungsgesprächen zwar teilnehmen, sich aber nicht von deren Beschlüssen binden lassen würde¹⁷.

Tel Aviv verfolgte konsequent eine Politik der Unnachgiebigkeit gegenüber terroristischen Erpressungen – und inhaftierte seinerseits im besetzten Westjordanland über 400 Palästinenser, die im Verdacht von Fedayin-Kontakten standen¹⁸. Mit Sorge verfolgten die Israelis die konzessionsbereite Haltung der Europäer, denn Bern und Bonn signalisierten umgehend, sie seien bereit, zum Schutz ihrer Landsleute die (verurteilten) Mörder von Israelis freizulassen¹⁹. Zunächst unentschlossen zwischen Härte und Nachgiebigkeit schwenkte auch Großbritannien auf einen „weichen Kurs“ ein, als sich das Geiseldrama hinzog. In einer Art Salamitaktik ließ die PFLP etappenweise Geiselgruppen frei – Amerikaner, Israelis, Deutsche, Briten und Schweizer aber behielt sie. Aufgeschreckt durch eine von den USA aufgebaute militärische Drohkulisse²⁰, veranlasste die PFLP die dezentrale Verlegung der Restgeiseln und ließ am 12. September, um den Druck auf die westlichen Regierungen zu erhöhen, die drei Flugzeuge in Dawson's Field mit spektakulärer Medienwirkung sprengen. Insbesondere London und Bonn drängten daraufhin, Washington solle Israel zu mehr „Beweglichkeit“ veranlassen; in der „Berner Gruppe“ drohte die Bundesregierung gar offen mit einem Alleingang, falls sich nicht *alle* betroffenen

¹⁵ Am 18. 2. 1969 verübten vier Palästinenser ein Attentat auf eine israelische Boeing 720 in Zürich-Kloten. Dabei wurde einer durch israelisches Sicherheitspersonal erschossen, die übrigen drei verhaftet und zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. <http://dodis.ch/33973>; <http://dodis.ch/34029>.

¹⁶ Die Zahlen schwankten zunächst zwischen zehn und 50, im Ende waren es lediglich zwei Doppelstaatler.

¹⁷ Vgl. Conclusions of a Meeting of the Cabinet in 10, Downing Street, 9. 9. 1970, CM (70)13, in: The National Archives, Kew (fortan: TNA), CAB/128/47.

¹⁸ Vgl. Bericht des österreichischen Botschafters Karl Weber, Tel Aviv, 16. 9. 1970, in: Berichte aus Israel, Bd. 11: 1970–1972. Bearb. von Rudolf Agstner und Rolf Steininger, München 2004, Dok. 37, S. 144.

¹⁹ Vgl. Memo des Nationalen Sicherheitsberaters Kissinger für Präsident Nixon, 9. 9. 1970, in: Foreign Relations of the United States (fortan: FRUS) 1969–1976, Vol. XXIV (Middle East Region, Jordan), Washington, D.C. 2008, Dok. 213, S. 619.

²⁰ Zwei Flugzeugträgerverbände der VI. US-Flotte wurden vor die libanesischen Küste beordert und im türkischen Incerlik US-Transport- und Kampfflugzeuge zusammengezogen. Vgl. Henry A. Kissinger, Memoiren, Bd. II: 1970–1970, München 1981 (Taschenbuch-Ausgabe), S. 777.

Länder konzessionsbereit zeigen würden²¹. Israels Ministerpräsidentin Golda Meir klagte daher: „Germans and British were awful.“²² Die USA ihrerseits waren in dieser Entführungsphase primär daran interessiert, eine geschlossene Front gegenüber den Entführern zu erhalten und nationalen Separatdeals vorzubeugen, bei denen am Ende die amerikanischen und israelischen Geiseln übriggeblieben wären.

Mit Argusaugen beobachteten die befreundeten Staaten daher die Ankunft des SPD-Bundesgeschäftsführers Hans-Jürgen Wischniewski in Jordanien²³. Dessen Direktgespräche mit den Palästinensern²⁴ schwächten, wenn nicht gar konterkarierten die langsamen und zähen Vermittlungsbemühungen des IKRK, auch wenn die Bundesregierung behauptete, die Mission des seit seinem Engagement für den algerischen Unabhängigkeitskampf in den 1950er Jahren im arabischen Raum gut vernetzten Brandt-Vertrauten („Ben Wisch“) entspringe rein humanitären Zielen und erfolge keinesfalls in amtlichen Auftrag²⁵. Tatsächlich dürfte das westdeutsche Ultimatum in der „Berliner Gruppe“ auf Wischniewskis vorangehendes postulates Drängen auf eine sofortige Kanzlerentscheidung zugunsten der Freilassung der Riem-Attentäter zurückzuführen sein²⁶. Bleibende Bedeutung gewann Wischniewskis erste Vermittlungsaktion in einer internationalen Geiselkrise gleichwohl dadurch, dass sie ihm neben praktischer Erfahrung den ersten, später sehr intensiven persönlichen Kontakt zu Jassir Arafat einbrachte²⁷.

Mit den *Dawson's Field Hijackings* und weiteren für die Zentralgewalt demütigenden Aktionen provozierten linke Fedayin-Organisationen wie die PFLP endgültig den Gegenschlag von König Hussein. Mit Panzerangriffen der von königstreuen Beduinen geführten Armee gegen sämtliche Fedayin-Stellungen, also auch

²¹ Vgl. den Bericht des britischen Außenministers Lord Home, in: Conclusions of a Meeting of the Cabinet in 10 Downing Street, 16. 9. 1970, CM (70), 18th conclusion, in: TNA, CAB/128/47; Memo Kissingers, 16. 9. 1970, in: FRUS 1969–1976, Vol. XXIV, Dok. 248, S. 690f.; DE Nr. 4243 des Staatssekretärs (fortan: StS) Frank, 17. 9. 1970, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (fortan: AAPD) 1970. Bearb. von Ilse Dorothee Pautsch, Daniela Taschler, Franz Eibl, Frank Heinlein, Mechthild Lindemann und Matthias Peter, München 2001, Dok. 432, S. 1617f.

²² Vgl. Memo of Conversation, 18. 9. 1970, in: FRUS 1969–1976, Vol. E-1 (Global issues), Dok. 73, <http://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve01/d73>.

²³ Vgl. Memo Kissingers, 11. 9. 1970, in: FRUS 1969–1976, Vol. XXIV, Dok. 225, S. 657. Zum israelischen Misstrauen gegenüber Wischniewski vgl. DB des israelischen Botschafters Ben Horin, Bonn, 28. 8. 1970, in: Asher Ben Natan/Niels Hansen (Hrsg.), Israel und Deutschland. Dorniger Weg zur Partnerschaft. Die Botschafter berichten über vier Jahrzehnte diplomatischer Beziehungen (1965–2005), Köln u. a. 2005, S. 59; Bericht des österreichischen Botschafters Agstner, Tel Aviv, 10. 5. 1971, in: Berichte aus Israel, Bd. 11, Dok. 69, S. 229.

²⁴ Vgl. dazu Hans-Jürgen Wischniewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989, S. 127–140; Sabine Hepperle, Die SPD und Israel. Von der Großen Koalition 1966 bis zur Wende 1982, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 172–175.

²⁵ Vgl. Parlamentarischer StS (fortan: PStS) Moersch, 24. 9. 1970, in: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1969–1972. Bearb. von Joachim Wintzer und Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 2007, S. 326/A (CD). Wischniewski dagegen reklamiert einen expliziten Kanzlerauftrag, vgl. ders., Mit Leidenschaft, S. 128.

²⁶ Vgl. Kraushaar, Wann endlich, S. 416f.; Hepperle, SPD und Israel, S. 173.

²⁷ Vgl. Wischniewski, Leidenschaft, S. 131; Abdallah Frangi, Der Gesandte. Mein Leben für Palästina. Hinter den Kulissen der Nahost-Politik, München 2011, S. 190f.

jene von Fatah und PLO, eskalierte die Situation am 17. September 1970 zum blutigen Bürgerkrieg. In ihrer ausgeprägten Kalten-Kriegs-Sichtweise sah die westliche Führungsmacht, insbesondere Präsident Nixon und sein Sicherheitsberater Henry A. Kissinger, fortan fast nur noch die Gefahr einer Verschiebung geopolitischer Parameter zulasten des Westens, falls die pro-westliche Haschemitenmonarchie durch ein von palästinensischen Befreiungsbewegungen dominiertes Regime ersetzt würde. Die Flugzeug-Geiseln wurden demgegenüber sekundär, erst recht als syrische Panzertruppen auf Seiten der Fedayin in die Kämpfe eingriffen. In höchster Bedrängnis bat König Hussein Amerikaner und Briten, ihrerseits militärisch zu intervenieren; sogar ein Hilfsgesuch an Israel schloss er nicht aus²⁸.

Letztlich erzwangen die jordanischen Streitkräfte die Kriegswende aus eigener Kraft²⁹ und drängten ihre Gegner in den Norden ab. Dabei befreiten sie am 25. September den Großteil der entführten Flugzeugpassagiere, darunter auch die beiden letzten deutschen Geiseln. Doch erst nachdem am 27. September auf ägyptische Vermittlung ein Waffenstillstand zwischen dem zum „Generalbefehlshaber aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution“ ernannten Arafat und König Hussein erwirkt wurde, kamen am 29. September 1970 die letzten sechs Geiseln frei. Der Preis dafür war, dass Bern, Bonn und London letztlich doch der PFLP-Erpressung nachgaben und noch am selben Tag die in ihrem Land inhaftierten sieben palästinensischen Attentäter freiließen.

Als Zwischenbilanz aus der Jordanienkrise lässt sich folgendes festhalten: *Ers-tens* steigerte die blutige Austreibung der Palästinensermilizen aus Jordanien im „Schwarzen September“ deren Militanz und führte u. a. zur Gründung einer neuen, nach eben diesem Ereignis benannten Terrororganisation, die in den nächsten Jahren weltweit jordanische wie westliche Ziele angriff. Andererseits wurde das Haschemitenreich durch die Entfernung der Fedayin dauerhaft als pro-westlicher Verbündeter im Nahen Osten stabilisiert. Die im Terrorismusbereich wichtige Zusammenarbeit mit dem in Palästinenserzirkeln gut vernetzten jordanischen Geheimdienst funktionierte nicht nur für Briten³⁰ und Amerikaner gut, sondern auch für die Bundesrepublik – zumal Hussein bereits vor dem „Schwarzen September“ eine entsprechende „Intelligence“-Kooperation angeregt hatte³¹. Auch deshalb blieb Jordanien für die Bundesrepublik neben Ägypten und Saudi-Arabien einer der wichtigsten Kooperationspartner im arabischen Raum³².

²⁸ Vgl. DB Nr. 4988 des US-Botschafters Brown, Amman, 21. 9. 1970, in: FRUS 1969–1976, Vol. XXIV, Dok. 284, S. 787; Timothy Naftali, Blind Spot. The Secret History of American Counterterrorism, New York 2005, S. 49.

²⁹ Entscheidend war, dass der (bereits die eigene Machtübernahme planende) Befehlshaber der syrischen Luftwaffe, Hafiz Assad, ein Eingreifen der überlegenen syrischen Luftwaffe verweigerte.

³⁰ Die britische Cabinet Working Group on Terrorist Activity verzeichnete am 9. 10. 1972 eine sehr gute geheimdienstliche Zusammenarbeit mit Israel und Jordanien; http://joerg-friedrichs.qeh.ox.ac.uk/uploads/archive/british_documents/BNA_CAB_130_616_1972_10_20.pdf.

³¹ Vgl. DB Nr. 167 des Botschafters Hille, Amman, 9. 3. 1970, PA-AA, B 150, Bd. 198.

³² So Bundeskanzler Helmut Kohl im Gespräch mit König Hussein, 6. 10. 1983, in: AAPD 1983. Bearb. von Tim Geiger, Matthias Peter und Mechthild Lindemann, München 2014, Dok. 291, S. 1462.

Zweitens: Der Befund der jüngeren historischen Terrorismusforschung, dass die westeuropäischen Staaten erst nach schmerzhaften Erfahrungen zu einer Position der Unnachgiebigkeit übergangen³³, wird eindrücklich unterstrichen. Mit ihrem Einknicken vor terroristischen Erpressungen stand die Bundesrepublik keineswegs allein, sondern bewegte sich im europäischen Gesamtrahmen. Dies entsprach der außenpolitischen Grundlogik der „Bonner Republik“, die stets darauf bedacht blieb, eine nationale Singularisierung möglichst durch Multilateralisierung und europäische Einbettung zu vermeiden.

Drittens war selbst die westliche Vormacht USA zunächst prinzipiell zu Verhandlungen mit Terroristen bereit. Der Übergang zu einer „no concession“-Politik begann dort allerdings früher.

Der entscheidende Einschnitt in der amerikanischen Anti-Terror-Politik war im Frühjahr 1973 die Geiselnahme mehrerer Diplomaten in Sudans Hauptstadt Khartum. Ein Kommando des „Schwarzen Septembers“ überfiel am 1. März die saudi-arabische Botschaft, um die dort bei einem Empfang versammelte Diplomaten­schar als Geiseln zu nehmen. Mit ihnen sollten in jordanischen, israelischen und amerikanischen Gefängnissen einsitzende Palästinenser freigesetzt werden³⁴. Ursprünglich hatten die eindeutig von der PLO-Führung unterstützten³⁵ Attentäter auch den westdeutschen Botschafter Michael Jovy gefangen nehmen wollen, um die „Entlassung der Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe“ zu erzwingen³⁶. Nur durch eine aufgrund des Besuchs des Parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt (AA), Karl Moersch, bedingte Verspätung blieb Bonn eine Involvierung in dieses Geiseldrama erspart, das mit der Erschießung zweier amerikanischer und eines belgischen Diplomaten endete³⁷.

Deren Tod dürfte Präsident Nixon mit seinem klaren, zuvor mit keinem Berater erörterten Pressestatement „we will not pay blackmail“ indirekt mitverur-

³³ Vgl. insbesondere Matthias Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975*, München 2011; Eva Oberloskamp, *Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), S. 321–352.

³⁴ Darunter fielen v. a. Abu Daud, der zu diesem Zeitpunkt in Jordanien einsitzende Chefplaner des Münchener Olympia-Attentats, ferner die beiden überlebenden Hijackerinnen einer entführten, am 8. 5. 1972 auf dem Flughafen Lod von israelischen Sicherheitskräften befreiten Sabena-Maschine, aber auch der Mörder von Robert Kennedy. Vgl. Aaron Klein, *Die Rächer. Wie der israelische Geheimdienst die Olympia-Mörder von München jagte*, München 2007, S. 168–171.

³⁵ Vgl. Intelligence Memorandum, Juni 1973, in: FRUS 1969–1976, Vol. 6-E (Documents on Africa), Dok. 217, <http://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve06/d217>.

³⁶ Vgl. DB Nr. 59 des Botschafters Jovy, Khartum, 2. 3. 1973, in: PA-AA, Referat 310, Bd. 104930. Wie eng die Zusammenarbeit zwischen RAF und Palästinensern war, unterstreicht ein anonymer Anruf bei der Ehefrau des in Khartum anwesenden PStS Moersch, der dessen Geiselnahme meldete – was sich freilich als voreilig bzw. falsch erwies, vgl. Karl Moersch, *Immer wieder war's ein Abenteuer. Erinnerungen*, Stuttgart 2001, S. 13.

³⁷ Vgl. Schriftbericht Nr. 197 des Botschafters Jovy, Khartum, 8. 3. 1973, PA-AA, Referat 310, Bd. 104930. Kurz darauf regte Sudans Botschafter in Bonn eine „Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sicherheitswesens“ an, vgl. Aufzeichnung (fortan: Afz.) des MDg Jesser, 8. 3. 1973, PA-AA, Referat 310, Bd. 104930.

sacht haben³⁸. Doch half die Empörung über die Ermordung der US-Diplomaten fortan eine „no concession“-Politik als Konsens amerikanischer Anti-Terror-Politik zu begründen. Anders als im Falle Israels oder der US-Politik nach „9/11“ reichte Washingtons Politik der Härte damals allerdings nicht so weit, gezielte Tötungen erkannter Terroristen zu billigen; in den Nachwehen der Watergate-Affäre waren spätestens mit Gerald D. Fords „Executive Order 11905“ vom 18. Februar 1976³⁹ politische Morde durch amerikanische Regierungsstellen gesetzlich verboten. Selbst in der Reagan-Administration, die 1981 mit dem Anspruch angetreten war, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und seine (tatsächliche) Unterstützung und (vermeintliche) Fernsteuerung aus dem Ostblock auf die politische Agenda zu setzen, gewannen Terrorismusfragen allenfalls situativ und stets überlagert von weitergefassten Kalten-Kriegs-Überlegungen an Bedeutung⁴⁰.

2. Anti-Terrorismus-Kooperation mit Israel im Kontext der europäischen Nahostpolitik

Der Befund, dass der politische Gesamtkontext wichtiger war als der reine Anti-Terrorismus-Ansatz, gilt auch bezüglich der Sicherheitskooperation mit Israel. Diese ist daher zunächst in den Zusammenhang deutscher bzw. europäischer Nahostpolitik einzuordnen.

Eine erste Rahmenbedingung war, dass Bonn erst Anfang der 1970er Jahre wieder diplomatische Beziehungen zu den meisten arabischen Ländern aufnehmen konnte. Als die Bundesrepublik 1965 diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen hatte, hatten bis auf Libyen, Marokko und Tunesien alle arabischen Staaten mit Bonn gebrochen⁴¹. Waren bis Ende 1971 nur die Beziehungen zu Jordanien⁴², Nordjemen⁴³, Algerien und Sudan⁴⁴ wiederhergestellt, gelang 1972 der Durchbruch auf breiter Front – insbesondere mit Wiederherstellung der Bezie-

³⁸ Vgl. Naftali, *Blind Spot*, S. 70f. Dabei waren bereits amerikanische Unterhändler auf dem Weg nach Sudan, um in traditioneller Weise über eine Freilassung der Geiseln zu verhandeln.

³⁹ Für den Wortlaut vgl. <http://www.fas.org/irp/offdocs/eo11905.htm>.

⁴⁰ Vgl. Naftali, *Blind Spot*, S. 116–149. Der ehemalige NSC-Angehörige Constantine C. Menges schildert seine vergeblichen Versuche, die Reagan-Administration für eine schlüssige Anti-Terrorismus-Politik zu gewinnen, vgl. ders., *Inside the National Security Council. The True Story of the Making and Unmaking of Reagan's Foreign Policy*, New York 1988, S. 250–258.

⁴¹ Dazu gehörten Irak (12. 5. 1965), Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien (13. 5. 1965), Algerien, Libanon und die Arabische Republik Jemen (14. 5. 1965) sowie Sudan (16. 5. 1965). Vgl. AAPD 1965. Bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996, Dok. 203.

⁴² Am 27. 2. 1967, vgl. AAPD 1967. Bearb. von Ilse Dorothee Pautsch, Jürgen Klöckler, Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1998, Dok. 63.

⁴³ Am 15. 7. 1969, vgl. AAPD 1969. Bearb. von Franz Eibl und Hubert Zimmermann. München 2000, Dok. 228.

⁴⁴ Algerien am 21. 12. 1971, Sudan am 23. 12. 1971, vgl. AAPD 1971. Bearb. von Martin Koopmann, Matthias Peter und Daniela Taschler, München 2002, Dok. 435 und 446.

hungen zu „lead nations“ wie Ägypten⁴⁵ und Saudi-Arabien⁴⁶. Mit Ostblock-orientierten Staaten wie Irak⁴⁷, Syrien⁴⁸ und Südjemen⁴⁹ gelang dies erst 1974. Voraussetzung dafür war, dass durch die sozial-liberale Ostpolitik auch im arabischen Raum Bonns bisherige Selbstfesselung durch den deutschlandpolitischen Primat entfiel⁵⁰. Doch blieb die deutschlandpolitische Konkurrenz ein Faktor der Nahostpolitik; schließlich hoffte Ost-Berlin durch ostentative Unterstützung der Palästinenser⁵¹ und eine „antizionistische“ Politik im arabischen Raum punkten zu können. Als die westdeutsche Ausländerpolitik 1972 infolge des Olympia-Attentats mit Wiedereinführung eines generellen Visumzwangs für arabische Staaten, Verboten palästinensischer Vereine und Abschiebungen terrorismusverdächtiger Araber drastisch verschärft wurde⁵², ermöglichte Ost-Berlin demonstrativ zahlreichen Abgeschobenen den Studienabschluss in der DDR⁵³.

Mehr noch als die Reaktivierung der Beziehungen zur arabischen Welt rief in Israel das Streben der Regierung Brandt-Scheel nach einer „ausgewogenen Nahostpolitik“⁵⁴ Unbehagen hervor. Statt wie unter den CDU-Kanzlern im Zweifel solidarisch mit Israel zu handeln, wollte die sozial-liberale Bundesregierung eine strikte Neutralität im arabisch-israelischen Konflikt wahren. Geradezu symptomatisch war, dass Regierungssprecher Conrad Ahlers im Oktober 1972 die unrühmliche, wenn auch durch die Entführung einer weiteren Lufthansa-Maschine erpresste Freilassung der überlebenden Olympia-Attentäter mit der Aussage

⁴⁵ Am 8. 6. 1972, vgl. AAPD 1972. Bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler und Fabian Hilfrich, München 2003, Dok. 127. Im gleichen Jahr erfolgte die (Wieder-)Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Libanon (30. 3. 1972, ebenda, Dok. 76 und 79), Oman (16. 5. 1972), den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain (17. 5. 1972) sowie Kuwait (22. 12. 1972).

⁴⁶ Am 18. 9. 1973, AAPD 1973. Bearb. von Matthias Peter, Michael Kieninger, Mechthild Lindemann und Fabian Hilfrich, München 2004, Dok. 291. Zuvor erfolgte am 15. 1. 1973 die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Katar.

⁴⁷ Irak hatte als erster arabischer Staat am 10. 5. 1969 diplomatische Beziehungen mit der DDR aufgenommen. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn erfolgte am 28. 2. 1974, vgl. AAPD 1974. Bearb. von Daniela Taschler, Fabian Hilfrich und Michael Ploetz, München 2005, Dok. 59.

⁴⁸ Am 7. 8. 1974, vgl. AAPD 1974, Dok. 231.

⁴⁹ Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) erfolgte am 16. 9. 1974, doch verzögerte Bonn bis 1976 die Akkreditierung eines eigenen Botschafters in Sanaa, vgl. Tim Geiger, Die „Landshut“ in Mogadischu. Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 413–456, hier S. 424 f.

⁵⁰ Zuvor war eine Wiederaufnahme der Beziehungen nicht denkbar, da Irak am 10. 5. 1969, Sudan und Syrien am 5. 6. 1969, Ägypten und Südjemen am 10. 7. 1969, Algerien am 20. 5. 1970 diplomatische Beziehungen mit Ost-Berlin aufgenommen hatten, vgl. Ingrid Muth, Die DDR-Außenpolitik 1949–1972, Berlin 2001, S. 234.

⁵¹ Vgl. Lutz Maeke, Vom Zauber des Anfangs. Die Palästinensische Befreiungsorganisation und die DDR, in: Tribüne 51 (2012), H. 203, S. 155–164.

⁵² Vgl. Oberloskamp, Olympia-Attentat, S. 328 f.; Dahlke, Demokratischer Staat, S. 92–99.

⁵³ Vgl. Frangi, Der Gesandte, S. 163–165; DB Nr. 128 des BR Nowak, Beirut, 7. 4. 1973, in: AAPD 1973, Dok. 98.

⁵⁴ Vgl. Afz. des MDg Gehlhoff, 11. 2. 1970, in: AAPD 1970, Dok. 48, S. 207–214.

kleinzureden versuchte, die Bundesrepublik sei schließlich nicht Teil des Nahostkonflikts⁵⁵. Im Streben nach Ausgewogenheit insistierte die Regierung Brandt-Scheel zudem, trotz aller historischen Vorbelastung durch den nationalsozialistischen Judenmord sollten die Beziehungen zu Israel keine „besonderen“, sondern schlicht „normale“ sein⁵⁶. Kritisch bewertet wurde auch, dass sich die Bundesrepublik seit November 1974 zum Vorreiter des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Nahen Osten machte⁵⁷. Schon angesichts der deutschen Teilung war für Bonn „das Selbstbestimmungsrecht das A und O“⁵⁸; doch Israel fürchtete, die explizite Anerkennung legitimer Rechte des palästinensischen Volkes werde letztlich in einen Palästinenserstaat münden.

Neben grundsätzlichen Divergenzen über die Détente-Politik⁵⁹ betrachtete Israel vor allem die seit 1969/70 entstehende Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) mit tiefem Misstrauen. Denn neben der KSZE fasste die EPZ die Nahostpolitik ins Auge für den Versuch, Westeuropa als weltpolitischen Akteur zu etablieren. Tel Aviv fürchtete jedoch, Frankreichs seit 1967 ausgesprochen proarabische Politik werde alle übrigen Partner der Europäischen Gemeinschaft dominieren und Israel wohlgesinnte Stimmen, wie die der Bundesrepublik oder der Niederlande, marginalisieren⁶⁰. Bei allen nationalen Spezifika bewegte sich die Nahostpolitik der Westeuropäer fortan in dem überwölbenden, wenn auch häufig schwerfälligen und nur begrenzt handlungsfähigen EPZ-Rahmen.

Gerade der europäische Vergleich macht deutlich, warum trotz aller Spannungen und der Olympia-Tragödie von München die westdeutsch-israelischen Beziehungen als überdurchschnittlich gut galten. Während die Bundesrepublik Israel auch nach Einstellung der 1964/65 ruchbar gewordenen heimlichen Waffenlieferungen weiter massive Wirtschaftshilfe leistete⁶¹ und nach Möglichkeit Tel Avivs Interessen in internationalen Organisationen zu wahren versuchte, betrieb Frank-

⁵⁵ Vgl. DB Nr. 479 des Botschafters von Puttkamer, Tel Aviv, 1. 11. 1972, PA-AA, B 81 (Ref. 502), Bd. 1005; DB Nr. 499 desselben, 8. 11. 1972, in: AAPD 1972, Dok. 367, S. 1686.

⁵⁶ Vgl. Deutsch-israelische Regierungsgespräche, 7./8. 6. 1973, in: AAPD 1973, Dok. 184; Hepferle, SPD und Israel, S. 151–158.

⁵⁷ Vgl. dazu die Erklärung des westdeutschen VN-Botschafters Rüdiger Freiherr von Wechmar, 19. 11. 1974, sowie die kritische Analyse des israelischen Außenministeriums vom 5. 10. 1975, in: Sharon Pardo/Joel Peters (Hrsg.), *Israel and the European Union. A Documentary History*, Lanham 2012, S. 139f.

⁵⁸ So Außenminister Genscher zu seinem israelischen Kollegen Dayan, 9. 9. 1979, in: AAPD 1979. Bearb. von Michael Ploetz und Tim Szatkowski, München 2010, Dok. 260, S. 1293.

⁵⁹ Während die USA unter Nixon und die Bundesrepublik unter Brandt den Ausgleich mit dem Osten forcierten, verschlechterten sich gleichzeitig Israels Beziehungen zum Ostblock dramatisch, was nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 zum Abbruch der Beziehungen und vor allem zu der für Israel unannehmbaren Einschränkung der jüdischen Auswanderung aus der UdSSR führte. Zudem gab es eine massive sowjetische Aufrüstung der arabischen Frontstaaten, insbesondere Ägyptens im „Abnutzungskrieg“.

⁶⁰ Vgl. Rory Miller, *Inglorious Disarray. Europe, Israel and the Palestinians since 1967*, London 2011; Pardo/Peters (Hrsg.), *Israel and the European Union*, S. 89ff.

⁶¹ Seit 1966 gewährte die Bundesrepublik Israel eine jährlich neu zu verhandelnde Kapitalhilfe. Vgl. dazu AAPD 1971, Dok. 365. Das Kapitalhilfeabkommen vom 17. August 1972 gewährte Israel für 1972/73 z. B. Darlehen bis zur Höhe von 140 Millionen DM.

reich einen expansiven Rüstungsexport in arabische Staaten⁶² und schien auf pro-arabische Positionen vorgebucht. Mit Jean Sauvagnargues war es auch ein Franzose, der sich als erster Außenminister eines EG-Staates im Oktober 1974 mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat traf⁶³.

Italien wiederum hatte sich als wirtschaftlicher Konkurrent für Mittelmeerprodukte zunächst gegen ein EG-Assoziationsabkommen gesträubt, mit dem Israel den Maschrek-Staaten gleichgestellt wurde⁶⁴. Vor allem hatte Rom seine anfängliche Vermittlerfunktion⁶⁵ in Nahost unter dem Eindruck terroristischer Anschläge radikaler Palästinenser⁶⁶ zugunsten eines heimlichen Stillhalteabkommens mit der PLO revidiert. Das lief darauf hinaus, dass italienische Behörden die PLO gewähren ließen, während diese umgekehrt auf Anschläge in Italien verzichtete⁶⁷. Ähnliche Vereinbarungen wurden Frankreich und Spanien⁶⁸, aber auch Griechenland⁶⁹ nachgesagt. Während der „Landshut“-Entführung 1977, als Italien gegen den Wunsch der Bundesregierung den Weiterflug des gekaperten Flugzeuges ermöglichte, verwies Innenminister Francesco Cossiga jedenfalls auf Roms „guten Draht zur PLO und zur ‚Verweigerungsfront‘ von George Habasch“, die er zugunsten einer friedlichen Lösung zu aktivieren versprach⁷⁰.

Insgesamt erscheint der in Israel verbreitete Eindruck, beim Anti-Terror-Kampf von den nur auf Eigeninteressen bedachten, Appeasement-geneigten Westeuropäern im Stich gelassen zu werden, zumindest verständlich. Umgekehrt erkannten die Europäer schneller, dass nicht jeder Palästinenser per se ein Terrorist war.

Nach allem, was man aus dem Graubereich der Nachrichtendienste weiß, funktionierte trotz der NS-Belastung von Bundesnachrichtendienst (BND) und Verfassungsschutz die Zusammenarbeit zwischen israelischen und westdeutschen Si-

⁶² Vgl. Afz. des VLR I Redies, 3. 2. 1971, in: AAPD 1971, Dok. 43; Fernschreiben der israelischen Botschaft, Paris, 18. 12. 1973, in: Pardo/Peters (Hrsg.), *Israel and the European Union*, S. 124.

⁶³ Vgl. Jean François-Poncet, 37, Quai d'Orsay. Mémoire pour aujourd'hui et pour demain, Paris 2008, S. 183; Frangi, *Der Gesandte*, S. 194.

⁶⁴ Vgl. Maariv-Artikel vom 11. 5. 1975, in: Pardo/Peters (Hrsg.), *Israel and the European Union*, S. 137; Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 222.

⁶⁵ Vgl. Bericht der österreichischen Botschafterin Nestor, Tel Aviv, 3. 4. 1973, in: *Israel und der Nahostkonflikt 1972–1976*, hrsg. von Rolf Steininger und Rudolf Agstner, München 2006, Dok. 14, S. 85.

⁶⁶ Am 5. 9. 1973 wurden fünf Araber in der Nähe des Flughafens Rom-Fiumicino mit Flugabwehrraketen verhaftet. Am 17. 12. 1973 setzte eine Palästinenser-Gruppe ein PanAm-Flugzeug in Brand, wobei 29 Menschen starben. Anschließend entführten sie eine Lufthansa-Maschine über Athen, wo sie weitere Geiseln erschossen, nach Kuwait. Vgl. „Neuer palästinensischer Terrorakt. Massenmord auf dem Flughafen Rom“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 12. 1973, S. 1 und 4.

⁶⁷ Vgl. DB Nr. 210 des Botschafters Pachelbel-Gehag, Beirut, 4. 10. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 125, S. 567. Luxemburgs Außenminister Gaston Thorn klagte schon 1974: „Italy is kowtowing to the Arabs“, vgl. DB Nr. 99 des israelischen Botschafters Ben Horin, Brüssel, 20. 11. 1974, in: Pardo/Peters (Hrsg.), *Israel and the European Union*, S. 132.

⁶⁸ Vgl. DB Nr. 253 des BR Neubauer, Beirut, 29. 5. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 418, der Aussagen des mit radikalen Palästinenser-Organisationen bestens vernetzten, am 24. 5. 1979 wohl aber von diesen ermordeten Stern- bzw. Spiegel-Reporters Robert Pfeffer wiedergab.

⁶⁹ Vgl. DB Nr. 223 des Botschafters Hille, Amman, 8. 4. 1970, PA-AA, B 150, Bd. 200.

⁷⁰ Vgl. DB Nr. 1500 des Botschafters Arnold, Rom, 14. 10. 1977, PA-AA, B 150, Bd. 377.

cherheitsdiensten gut⁷¹. Diese konnte überraschend weit reichen: Im Herbst 1979 wurde bekannt, dass Ermittlungsbehörden in Bayern zur Befragung einiger, im Frühjahr wegen Sprengstoffbesitzes und Passvergehen verhafteter Palästinenser⁷² auch BND-Mitarbeiter und diese wiederum als „Dolmetscher“ getarnte Mossad-Kollegen herangezogen hatten; letztere durften die Gefangenen sogar alleine und auf Arabisch vernehmen (obwohl kein deutscher Aufsichtsbeamter dieser Sprache mächtig war) – und wurden dabei erkannt. Jedenfalls behauptete einer von zwei kurz darauf nach Beirut abgeschobenen Palästinensern, er sei in deutscher Haft unter Drogen gesetzt und von den israelischen Vernehmern mit der Drohung, sonst werde seiner unter israelischer Besatzungsherrschaft lebenden Familie etwas zustoßen, zum Mord an Abu Iyad, dem PLO-Sicherheitschef und Arafat-Stellvertreter, gedungen worden. Der Rückkehrer beging jedoch Selbstmord; sein Abschiedsschreiben enthüllte die Hintergründe. Das Auswärtige Amt, das schon zum Schutz Deutscher im Ausland all diese Anschuldigungen zurückweisen wollte, musste sich von den für die innere Sicherheit zuständigen Behörden belehren lassen, die Vorwürfe seien im Kern korrekt⁷³.

Ein weit bekannteres Beispiel für die Sicherheitskooperation mit Israel ist die nach dem Olympia-Attentat gebildete Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes (BGS), die GSG-9, die primär nach der damals in Anti-Terror-Einsätzen führenden israelischen Spezialeinheit *Sayeret Matkal* geformt wurde. Ihr Kommandeur Ulrich Wegener absolvierte in Israel ein entsprechendes Trainingsprogramm⁷⁴.

⁷¹ Erich Schmidt-Eenboom, BND. Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten, München 2007, S. 25, bezeichnet den Mossad als „Partnerdienst Nummer 1 des BND“. Vgl. ferner Shlomo Shapiro/Matthias Jäger, Sprachunterricht für Agenten bei arabischen Familien in Israel, in: Berliner Zeitung, 8. 1. 2000; Shlomo Shafir, Willy Brandt, die Juden und Israel, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 19 (2010), S. 389; Daniel Gerlach, Die doppelte Front. Die Bundesrepublik Deutschland und der Nahostkonflikt 1967–1973, Berlin 2006, S. 149–156.

⁷² Auf Hinweise des Mossad wurden am 24. und 26. April 1979 in West-Berlin sieben Palästinenser verhaftet. Dabei entdeckte die Polizei neben Sprengstoff Unterlagen für beabsichtigte Anschläge, u. a. auf ein Treibstofflager und die jüdische Gemeinde in West-Berlin. Einer der Festgenommenen, ein israelischer Doppelagent, entwand kurz darauf bei einem Freigang spurlos. Eine zweite Palästinensergruppe, die, aufgeteilt in je zwei Mann, getrennt einreisen wollte, wurde am 26. 4. in Passau wegen Sprengstoffbesitz und am 29. 4. 1979 in Elten wegen gefälschter Pässe verhaftet. Vgl. Wilhelm Dietl, Die Agentin des Mossad. Operation Roter Prinz, Düsseldorf 1992, S. 294f.; „Dreieck im Dunkeln“, Die Zeit, 9. 11. 1979, S. 9–12.

⁷³ Vgl. Afz. des MDg Hille, 25. 10. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 308. Ferner Kurzprotokoll des Bundstags-Innenausschusses vom 7. 11. 1979, PA-AA, Referat 310, Bd. 125018, sowie die gut informierten Artikel „Balkan in Bonn oder Bayern“, Der Spiegel, 5. 11. 1979, S. 21–25; „Zwielichtige Geschichte“, Der Spiegel, 12. 11. 1979, S. 26f. Dietl, Agentin, S. 300, glaubt indes, der PLO-Mann sei von seinen eigenen Leuten ermordet worden, um Bonn unter Zugzwang zu setzen.

⁷⁴ Vgl. Oberloskamp, Olympia-Attentat, S. 336. Wegener selbst berichtet rückblickend: „Wir haben viele taktische Kniffe von den Israelis übernommen, und auch in Führungsdingen habe ich mich an die Israelis angelehnt.“ Vgl. <http://www.br-online.de/download/pdf/alpha/w/wegener.pdf>. Auch in Frankreich entstand als Konsequenz des Olympia-Attentats eine entsprechende Einheit, die *Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale* (GIGN). Der Aufbau des amerikanischen Anti-Terror-Kommandos *Delta Force* begann dagegen erst 1977 nach dem GSG-9-Einsatz in Mogadischu, vgl. Scott Williamson, Flexible Response: The Development of American Counterterrorism Policy 1968–1976, in: Primary Source I, No. 1, S. 49.

Auch im Fall der am 27. Juni 1976 durch ein palästinensisch-deutsches Terroristenteam ins ugandische Entebbe entführten Air France-Maschine⁷⁵ bewährte sich die deutsch-israelische Zusammenarbeit. Dabei wirkte zunächst belastend, dass ausgerechnet die beiden Revolutionäre-Zellen-Mitglieder Winfried Böse und Brigitte Kuhlmann die Selektion der Passagiere in freizulassende Nicht-Juden und festzuhaltende Israelis vornahmen; dies evozierte schlimmste Erinnerungen an den Nationalsozialismus. Außerdem forderten die Entführer die Freilassung von 40 in Israel inhaftierten Palästinensern und sechs Häftlingen aus der Bundesrepublik – je zur Hälfte RAF- bzw. „Bewegung 2. Juni“-Mitglieder – sowie von weiteren Häftlingen in Kenia, Frankreich und der Schweiz⁷⁶. Auch wenn keine Deutschen unter den Passagieren waren, war die Bundesrepublik eng in den Fall involviert – schon als Schutzmachtvertretung für US-Amerikaner, von denen sich rund ein Dutzend unter den Entführten befand⁷⁷. Vor allem stand fest, dass, sollte die israelische Regierung in das Austauschgeschäft der Terroristen einwilligen, auch die Bundesregierung der Häftlingsfreipressung folgen müsste, wollte sie nicht ein weiteres Mal verantwortlich werden am Tod unschuldiger Juden⁷⁸.

Am 29. Juni setzte, wie es etwas opak in AA-Akten heißt, „eine ganz normale“ Lufthansa-Maschine „bei laufendem Motor“ im Entführungsort den zuvor auf Heimaturlaub befindlichen westdeutschen Botschafter in Uganda, Richard Ellerkmann, samt zweier „Begleiter aus dem BMI“ ab⁷⁹. Wie aus der weiteren Berichtserstattung ersichtlich, handelte es sich dabei um einen Kriminaldirektor des Bundeskriminalamts und um Oberstleutnant Wegener vom BGS. Fortan wurde sehr präzise und einsatztaktisch hilfreich Bewaffnung und Positionierung der Entführer nach Bonn übermittelt. Neben der Informationsabschöpfung der freigelasse-

⁷⁵ Air France-Flug 139 von Tel Aviv nach Paris wurde mit 257 Passagieren nach Zwischenhalt in Athen von einem siebenköpfigen PFLP-Kommando entführt und nach einem Stopp in Libyen, wo eine Passagierin entlassen wurde, nach Uganda dirigiert. Die dortigen Behörden versorgten die Entführer mit Material und übernahmen sogar die Geiselüberwachung. Bis 1. Juli wurden 147 nichtjüdische Passagiere freigelassen. Vgl. Edward F. Mickolus, *Transnational Terrorism. A Chronology of Events, 1968–1979*, London 1980, S. 621–625. Zum Folgenden vgl. jetzt auch Markus Eikel, Keine „Atempause“. Das Krisenmanagement der Bundesregierung und die Flugzeugentführung von Entebbe 1976, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61 (2013), S. 239–261.

⁷⁶ Vgl. DB Nr. 161 des LR I Nourney, Kampala, 29. 6. 1976, PA-AA, B 81 (Ref. 502), Bd. 1005; ferner „Härte bedeutet Massaker“, *Der Spiegel*, 11. 7. 1976, S. 21–25.

⁷⁷ Italienische Diplomaten, an sich die Schutzmachtvertretung Israels in Uganda, waren in der Krise nicht vor Ort, vgl. DB Nr. 177 des Botschafters Ellerkmann, Kampala, 2. 7. 1976, PA-AA, B 81 (Ref. 502), Bd. 1005.

⁷⁸ Zwar wurde der Bundesregierung am 30. 6. 1976 von der israelischen und schweizerischen Regierung versichert, an ein Nachgeben gegenüber den Terroristen sei nicht gedacht. Auch Frankreichs Ministerpräsident Chirac verkündete dies, vgl. Afz. des VLR Freiherr von Schacky, 30. 6. 1976, PA-AA, B 81 (Ref. 502), Bd. 1005. Doch Bonn traute dem nicht; noch abends erkundigte sich Schmidt telefonisch bei Präsident Giscard d'Estaing, ob es dabei bleibe, vgl. AAPD 1976, Dok. 210, S. 982f. Unter dem Druck von Angehörigen brach Ministerpräsident Jitzhak Rabin am folgenden Tag mit Israels traditioneller Linie und kündigte Verhandlungen mit den Entführern an. Vgl. Eikel, Keine „Atempause“, S. 250f.

⁷⁹ Undatierter, ungekennzeichneter Vermerk, PA-AA, B 81 (Ref. 502), Bd. 1005.

nen Geiseln⁸⁰ und eigener Aufklärungsarbeit⁸¹ dürfte das die erfolgreiche Durchführung der kühnen israelischen Kommandoaktion zumindest erleichtert haben, mit der in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli 1976 fast alle Geiseln lebend befreit wurden⁸².

Manche Indizien deuten darauf hin, dass die Bundesrepublik möglicherweise eine hilfreichere Rolle in der Aktion spielte als bislang bekannt⁸³. Dafür spricht nicht zuletzt die Äußerung aus dem israelischen Außenministerium am Tag der Geiselnbefreiung, das „deutsch-israelische Verhältnis geht gestärkt aus Zwischenfall hervor“⁸⁴ – eine Aussage, die ansonsten angesichts einer Beteiligung deutscher Terroristen doch recht verwunderlich wirkt.

Spannungsfrei war indes die deutsch-israelische Sicherheitskooperation nie. Ein Dokumentarfilm hat durchaus schlüssig die These entwickelt, der Mossad habe vorab von der „Landshut“-Entführung gewusst, aber auf eine präzise Warnung verzichtet, um nicht seinen hochrangigen „Maulwurf“ in der PFLP-SC (Special Command) des auf Flugzeugenführungen spezialisierten Wadi Haddad auffliegen zu lassen⁸⁵. Gesichert ist, dass am 17. Oktober 1977 in israelischen Medien bereits

⁸⁰ Der bei der israelischen Befreiungsaktion beteiligte Elitesoldat Muki Betser hebt insbesondere die Rolle eines französischen Ex-Generals unter den Freigelassenen hervor, der Israels Militärgeheimdienst mit präzisen Informationen versehen habe. Vgl. Muki Betser/Robert Rosenberg, Soldat im geheimen Auftrag. Israels führender Antiterror-Spezialist berichtet über seine spektakulärsten Einsätze, Hamburg 1996, S. 275.

⁸¹ Israel kam zugute, dass eine israelische Baufirma das alte Flughafengebäude in Entebbe errichtet hatte, in dem die Geiseln gefangen gehalten wurden. Der *Spiegel* berichtete ferner über auffällig viele athletisch gebaute israelische „Touristen“ auf der Entebbe gegenüberliegende kenianischen Seite des Victoria-Sees, vgl. „Entebbe: Diese zähen jungen Burschen“, Der Spiegel, 12. 7. 1976, S. 84–87, hier S. 84.

⁸² Die spektakuläre Militäraktion, bei der auf israelischer Seite lediglich Jonathan Nathanjahu, der Bruder des späteren Ministerpräsidenten, starb, wurde bald mehrfach verfilmt, vgl. Annette Vowinkel, Flugzeugentführungen. Eine Kulturgeschichte, Göttingen 2011, S. 93–104.

⁸³ Eine von den ugandischen Medien ausgestrahlte PFLP-Erklärung beschuldigte die Bundesrepublik neben Kenia und Frankreich, Israel beim Angriff auf den Flughafen Entebbe geholfen zu haben. Ugandas Diktator Idi Amin erging sich daher in Drohungen gegen Deutsche, vgl. DB Nr. 213 des Botschafters Ellerkmann, Kampala, 6. 7. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 219, S. 1018. Wegener erklärte im Jahr 2000, aus Geheimschutzgründen könne er „nur so viel sagen: Ich war im Interesse der Deutschen und Israelis in Entebbe, aber schon, bevor der israelische Schlag durchgeführt wurde. Wir haben versucht, Informationen zu sammeln über den Gegner, die Terroristen wie auch über die möglichen Unterstützer, die in Uganda vorhanden waren. Wir waren sehr erfolgreich und konnten sehr viele Informationen sammeln.“ Vgl. <http://www.br-online.de/download/pdf/alpha/w/wegener.pdf>. Im Kabinett verkündete Bundeskanzler Schmidt dagegen am 7. Juli 1976, „daß die Bundesregierung von der israelischerseits beabsichtigten Befreiungsaktion in Entebbe keine Kenntnis hatte“. Vgl. http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1976k/kap1_1/kap2_27/para3_6.html#Start. Auch Wischniewski bestritt am 26. Oktober 1977 im Auswärtigen Ausschuss jede deutsche Involvierung: „Herr Wegener war an Entebbe nicht beteiligt. Er hatte mit der Angelegenheit gar nichts zu tun. [...] Er hat dort weder zugeschaut noch sonst irgendetwas gemacht.“ Vgl. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, Bd. 3104 A8/Prot. 16, S. 53.

⁸⁴ Vgl. DB Nr. 440 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 4. 7. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 217, S. 1013.

⁸⁵ Vgl. Egmont Koch, Tödliche Schokolade. Ein Giftmord des Mossad und die Entführung der „Landshut“. Erstausstrahlung in der ARD am 7. 7. 2010. Dazu „Vor belgischen Pralinen wird gewarnt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 7. 2010, S. 39.

Stunden vor dem GSG-9-Zugriff zur „Landshut“-Befreiung die für den Erfolg der Mission gefährliche Meldung verbreitet wurde, eine deutsche Anti-Terror-Truppe sei in Mogadischu gelandet⁸⁶.

Gravierender noch waren die durch den Fall Brigitte Schulz und Thomas Reuter hervorgerufenen Dissonanzen. In Zusammenarbeit mit Kenia war es Israels Geheimdienst gelungen, im Januar 1976 in Nairobi eine von Wadi Haddads „rechter Hand“ Abu Hanafieh geleitete PFLP-Gruppe zu verhaften, die – wie die „Carlos“-Gruppe im Vorjahr am Pariser Flughafen Orly⁸⁷ – den Abschuss israelischer Zivilmaschinen mittels sowjetischer Flugabwehrraketen plante⁸⁸. In diesem Zusammenhang wurden die beiden Deutschen verhaftet, die ihre Unschuld beteuerten, aber mit gefälschten zyprischen Pässen der PFLP reisten⁸⁹. Schulz und Reuter, die sich im RAF-Sympathisantenumfeld bewegt hatten, ohne dass strafrechtlich etwas gegen sie vorlag, wurden heimlich nach Israel verbracht. Die Bundesregierung erfuhr dies erst nach einem Jahr, als die Eltern der verschollenen Schulz durch anonyme Hinweise und eigene Recherchen in israelischen Militärgefängnissen fündig wurden⁹⁰. Die verspätete Mitteilung und die damit vorenthaltene konsularische Vertretung war ein Verstoß gegen Völkergewohnheitsrecht; Außenminister Hans-Dietrich Genscher rügte dies wenige Tage später entsprechend scharf bei seinem Israel-Besuch⁹¹. Die israelische Seite konterte, die deutschen Nachrichtendienste seien früher unterrichtet worden⁹². An der Behandlung von Schulz/Reuter im israelischen Militärgefängnis, wo sie u. a. dem „Hoarding“ ausgesetzt waren (also jener folterähnlichen Methode, durch permanentes Kapuze-Überstülpen einen Orientierungsverlust herzustellen, um den Gefangenen ausagewilliger zu machen), nahm das Auswärtige Amt massiven Anstoß, ebenso an dem rechtsstaatlich fragwürdigen Verfahren vor einem Militärgerichtshof⁹³. Mehrere Interventionen, auch auf Ministerebene, erreichten aber lediglich eine minimale Verkürzung des im Urteil vom September 1979 nach einem Deal zwischen

⁸⁶ Nach der ersten Meldung um 19 Uhr MEZ, die u. a. von Agence-France-Presse aufgegriffen wurde, gelang es der Bundesregierung, die Agenturen ab 21.30 Uhr zum Zurückhalten dieser Nachricht zu bewegen. Vgl. Geiger, Landshut, S. 445.

⁸⁷ Zum Anschlagversuch vom 13. 1. 1975 vgl. Naftali, Blind Spot, S. 83; Dietl, Agentin, S. 223.

⁸⁸ Vgl. Memo of Conversation (des israelischen MP Rabin mit US-Präsident Ford, 27. 1. 1976), in: FRUS 1972–1976, Vol. XXVI (Arab-Israeli Dispute 1974–1976), Washington, D.C. 2012, Dok. 256, S. 901; Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 415; Skelton-Robinson, Netz, S. 877.

⁸⁹ Vgl. „Verhöre, Folter – es war die Hölle“, Stern, 19. 3. 1981, S. 226.

⁹⁰ Vgl. DB Nr. 293 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 21. 3. 1977, in: AAPD 1977. Bearb. von Amit Das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008, Dok. 69, S. 357f.

⁹¹ Im Gespräch mit Außenminister Allon, 17. 3. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 64, S. 340f.

⁹² Vgl. DB Nr. 332 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 30. 3. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 81, S. 411f. Tatsächlich hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz auf israelische Anfrage Informationen über Schulz und Reuter bereitgestellt – angeblich ohne Wissen, wofür diese gebraucht würden, vgl. „Totale Sonnenfinsternis“, Der Spiegel, 21. 1. 1980, S. 40.

⁹³ Vgl. Afz. des Referats 511, 29. 8. 1979, in: PA-AA, B 83 (Referat 511), Bd. 1174; „Schwarze Kapuze“, Der Spiegel, 28. 5. 1979, S. 65f.; „Totale Sonnenfinsternis“, Der Spiegel, 21. 1. 1980, S. 39–45.

Verteidigung und Anklage ausgehandelten Strafmaßes. Ende Dezember 1980 wurden Schulz und Reuter schließlich vorzeitig aus israelischer Haft entlassen.

Neben der unterschiedlichen Bewertung des für Israel so wichtigen Camp-David-Abkommens von 1979 (die Bundesregierung befürchtete zutreffend, das separate Friedensabkommen isoliere Ägypten und erschwere so letztlich eine Gesamtlösung des Nahostproblems) und den persönlichen Invektiven von Ministerpräsident Menachem Begin auf Helmut Schmidt wegen dessen Wehrmachtsvergangenheit⁹⁴ (im Zusammenhang mit möglichen westdeutschen Panzerlieferungen an Saudi-Arabien) trug der Fall Schulz/Reuter mit zur Verschlechterung der bilateralen Beziehungen bei. Entscheidend war aber auch die zunehmende Aufmerksamkeit, die die Bundesrepublik wie andere westeuropäische Staaten der Palästinenser-Frage zollten. Israelische Medien klagten, die Bundesregierung erstrebe wirtschaftliche Stabilität und innere Sicherheit zu Lasten Israels; denn ersteres erkaufe Bonn mit politischen Gesten gegenüber den arabischen Ölstaaten, letzteres durch Kontakte zur PLO, um die „deutsche Stadtguerilla zu isolieren“⁹⁵. In der Tat hoffte die Bundesregierung, den terroristischen Sumpf auch durch eine aktive Kontaktpolitik mit den palästinensischen Verbündeten der deutschen Linksextremisten trockenlegen zu können.

3. „Talking with the Devil’s friend“: Die Kontaktpolitik zu Palästinensern im Kampf gegen den heimischen Linksterrorismus

Nur einen Monat nachdem ein PFLP-Kommando vom 13. bis 18. Oktober 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut“ mit 86 Passagieren und fünf Crew-Mitgliedern in seiner Gewalt hatte, um damit der verbündeten RAF aus der Sackgasse zu helfen, in die diese durch die Unnachgiebigkeit der Bundesregierung bei der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer geraten war⁹⁶, fand am 24. November 1977 in Wien ein vertrauliches Treffen statt zwischen dem in Nahostfragen stark engagierten österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky⁹⁷, dessen Innenminister Erwin Lanc und zwei hochrangigen palästinensischen Gesprächspartnern, zu dem auf Kreiskys Anregung unter strengster Geheimhaltung auch ein Vertreter der Bundesregierung hinzugezogen wurde: der Diplomat Peter

⁹⁴ Dazu Shlomo Shafir, Helmut Schmidt, seine Beziehungen zu Israel und den Juden, in: Jahrbuch für Antisemitismus 17 (2008), S. 297–321.

⁹⁵ Vgl. DB Nr. 860 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, 13. 7. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 261, S. 1294, Anm. 5.

⁹⁶ Zur „Landshut“-Entführung vgl. Geiger, Landshut; Heinrich Breloer, Todesspiel. Von der Schleyer-Entführung bis Mogadischu, Köln 1997; Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 592–631; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 430–449.

⁹⁷ Vgl. dazu Thomas Riegler, Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985, Göttingen 2011; ders., Das „Spinnennetz“ des internationalen Terrorismus. Der „Schwarze September“ und die gescheiterte Geiselnahme von Schönau, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 579–601.

Kiewitt, zu dieser Zeit Persönlicher Referent des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Wischnewski⁹⁸. Die Begegnung war brisant, denn bei den beiden Palästinensern handelte es sich um die PLO-Führer Issam Sartawi und Ali Hassan Salameh. Beide gelten als Verantwortliche für Terroranschläge in München – Sartawi für den Anschlag im Flughafen Riem 1970⁹⁹ und Salameh, der „Rote Prinz“, inzwischen PLO-„Innenminister“ und Leiter von Arafats Leibwache „Force 17“, als ein Hauptverantwortlicher verschiedener „Schwarzer September“-Anschläge, darunter das Olympia-Attentat von 1972. In der Unterhaltung bekannte sich Salameh offen zu seiner Nähe und intimen Kenntnis der deutschen Terroristenszene und bot zugleich an, dieses Wissen künftig durch Informationsweitergabe an deutsche Behörden zur Verfügung zu stellen (eine Auslieferung der bisherigen Kampfgefährten schloss er dagegen explizit aus) und damit „den Terrorismus für die nächsten 10 Jahre stillzulegen“. Als Gegenleistung forderte die PLO von der Bundesregierung politisch „eine gewisse Anerkennung“ und die Unterstützung Arafats¹⁰⁰.

Das Treffen veranschaulicht, dass die Regierung Schmidt bereit war, im Anti-Terror-Kampf ungewöhnliche und unkonventionelle Wege zu beschreiten. Allerdings hatte auch schon die Vorgängerregierung versucht, durch Gespräche mit Palästinensern Fortschritte im Kampf gegen den heimischen und internationalen Terrorismus zu erzielen. So baute das Auswärtige Amt unmittelbar nach dem Olympia-Attentat klandestine Kontakte zu PLO-Vertretern auf. Zum einen hoffte man, so endlich einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts näherzukommen, zum anderen, weitere Terroranschläge in Deutschland verhindern zu können. Auch dabei lautete der für beide Seiten gewinnversprechende Deal: politische Aufwertung der PLO für Ruhe an der Terrorfront.

Je nach Sichtweise war das feige Appeasement¹⁰¹ oder kluge Realpolitik. Letztlich entsprach es ganz der Logik der „Neuen Ostpolitik“, nämlich unschöne Realitäten anzuerkennen, um sie via Kontaktpolitik zu verändern. Gemäß dem „Wandel-durch-Annäherung“-Paradigma suchte Scheels Außenamt bereits Ende 1972

⁹⁸ Das Gespräch wurde erstmals bekannt durch den Artikel von Matthias Dahlke, Das Wischnewski-Protokoll. Zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 201–215 (Der Titel ist irreführend, denn Wischnewski selbst nahm am Treffen nicht teil). Vgl. auch Dahlke, Demokratischer Staat, S. 306–315; Riegler, Im Fadenkreuz, S. 77–79; Kraushaar, Wann endlich, S. 621–626.

⁹⁹ Kraushaar weist darauf hin, dass sich die Bundesregierung pikanterweise am Tag vor dem Wiener Treffen im Bundestag Fragen der Opposition nach Gesprächen zu erwehren hatte, die Sartawi am 3. 11. 1977 in der SPD-Parteizentrale geführt hatte, vgl. ders., Wann endlich, S. 618f. Zu dieser Begegnung mit Brandt, Bahr und Wischnewski vgl. Issam Sartawi, Israel ist kein Gespenst, in: Der Spiegel, 26. 11. 1979, S. 39f.; Bernd Rother/Wolfgang Schmidt, Einleitung, in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, S. 53; Tessa Szyszkowitz, Der Friedenskämpfer. Arafats geheimer Gesandter Issam Sartawi, Wien 2011, S. 75.

¹⁰⁰ Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 210f.; Kraushaar, Wann endlich, S. 625f.

¹⁰¹ So Felix Bohr/Gunther Latsch/Klaus Wiegrefe, Böses Blut, in: Der Spiegel, 27. 8. 2012, S. 34–36.

einerseits über den ägyptischen Geheimdienst, andererseits über Direktkontakte zur PLO ein Ende palästinensischer Terroraktivitäten sicherzustellen¹⁰². In Kairo führte der Leiter des Nahost-Referats, Helmut Redies, mehrfach Gespräche mit Abdallah Frangi, offiziell Ex-Mitarbeiter im Büro der Arabischen Liga in Bonn, de facto bekanntes PLO- und Fatah-Führungsmitglied, das nach „München“ im Zuge der von Genschers Innenministerium verhängten polizeilichen Maßnahmen gegen potentielle arabische Gewalttäter ungeachtet seiner familiären Bindungen ausgewiesen worden war¹⁰³.

Im Libanon, seit dem „Schwarzen September“ das neue Gravitationszentrum der Palästinenser-Organisationen, kam es im April 1973 zum hochrangigen Kontakt mit dem PLO-„Außenminister“ Abu Jussef. Der Diplomat Walter Nowak legte dar, angesichts eigener Vertreibungserfahrungen verstünden die Deutschen die Palästinenser vermutlich besser als viele andere Nationen. Die Bundesrepublik zeige dies auch mit ihrer finanziellen Hilfe, quittiere dafür aber nur Feindseligkeit. Eine neue Vertrauensbasis sei möglich, falls „die palästinensische Seite diese Bemühungen nicht durch neue Aktionen zunichte“ mache. In Aussicht gestellt wurde sogar ein geheimes Treffen von Außenminister Walter Scheel mit Abu Jussef oder Arafat in Kairo¹⁰⁴. Dazu kam es allerdings so wenig wie zur Fortführung des Gesprächs, denn Abu Jussef fiel wenige Tage später einer Kommando-Aktion israelischer Spezialkräfte zum Opfer, die ihn und weitere PLO-Führungschergen miten in Beirut töteten¹⁰⁵.

Nach dem Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 wuchs weltweit die Überzeugung, Frieden im Nahen Osten sei nur durch eine adäquate Lösung der Palästinenserfrage zu erreichen. Eine EPZ-Erklärung vom 6. November 1973 brachte genau dies zum Ausdruck¹⁰⁶. Ein Jahr später gelang der PLO international ein entscheidender Durchbruch, indem sie bei der UNO Beobachterstatus erhielt

¹⁰² Vgl. die Aufzeichnungen des VLR I Redies, 5. 1. und 22. 2. 1973, in: AAPD 1973, Dok. 4 und 63. Das AA versuchte zudem im Januar 1973, einen Passus zum Palästina-Problem in Brandts Regierungserklärung einzufügen, scheiterte aber am Kanzleramt, vgl. Klaus Harpprecht, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 36f.

¹⁰³ Vgl. Afz. des VLR I Redies, 5. 1. 1973, in: AAPD 1973, Dok. 4. Zu Frangi, der mit einer Deutschen verheiratet ist, vgl. dessen Autobiographie: Frangi, Der Gesandte.

¹⁰⁴ Vgl. DB Nr. 128 des BR Nowak, Beirut, 7. 4. 1973, in: AAPD 1973, Dok. 98, S. 470–473.

¹⁰⁵ Zur israelischen Kommandoaktion „Spring of Youth“ am 9./10. 4. 1973 vgl. Klein, Die Rächer, S. 176–191. BR Nowak räsonierte, die Israelis hätten statt der radikalen PLO-Anführer ausgerechnet die vergleichsweise gemäßigten Kräfte umgebracht: „Wer keine Verhandlungen will, den stören jene, die man ihm als Partner zumuten könnte. Die Befürworter des palästinensischen Terrorismus wird man Israel nicht als Verhandlungspartner vorschlagen; sie sind keine. Sie sind sogar nützlich, treibt ihr Handeln doch die öffentliche Meinung der Welt Israel in die Arme. Recht betrachtet, ist der Tod der Gemäßigten für Tel Aviv vorteilhafter als derjenige der Extremisten.“ Vgl. Schriftbericht Nr. 361, 11. 4. 1973, PA-AA, Ref. 310, Bd. 104931.

¹⁰⁶ Vgl. Pardo/Peters (Hrsg.), Israel and the European Union, S. 106f. Israels Botschafter in Brüssel, Alon, berichtete, der ursprüngliche Text sei noch ungünstiger gewesen und durch die Bundesrepublik, Luxemburg und Belgien entschärft worden. Die Erklärung sei primär „an Anglo-French creation“. Vgl. ebenda, S. 110.

und Arafat mit Pistolenhalfter und Ölzweig vor der Generalversammlung auftrat¹⁰⁷. In dieser Palästina-Debatte verkündete der westdeutsche UNO-Botschafter, Rüdiger Freiherr von Wechmar, als erster westlicher Vertreter öffentlich Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Wechmar erklärte, dass gewaltsamer Gebietserwerb nicht anerkannt würde und Israel sich aus den seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehen habe. Umgekehrt müsse aber Israels Existenz in gesicherten Grenzen garantiert sein¹⁰⁸.

Im Monat darauf fand in Damaskus ein aufsehenerregendes Treffen des Vorsitzenden des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Gerhard Schröder, mit Arafat statt, das sich allerdings um den Nahostkonflikt und nicht um Terrorismus drehte¹⁰⁹. Auf explizite Weisung der Amtsspitze nahm kein westdeutscher Diplomat an der Unterredung des vormaligen CDU-Außenministers und jetzigen Oppositionspolitikers teil¹¹⁰. Auf der weniger exponierten Arbeitsebene dagegen wurden funktionierende Kontakte etabliert, in der Bundesrepublik vor allem durch die Rückkehr Abdallah Frangis¹¹¹, der wieder ohne Diplomatenstatus als Ortskraft im Bonner Büro der Arabischen Liga firmierte. Seit 1975 leitete Frangi zwar kein offizielles PLO-Büro, aber den eingetragenen Verein „Informationsstelle Palästina“. Bis 1993 – erst da anerkannte Bonn im Zuge des Osloer Friedensprozesses formell die PLO – wurde Frangi im Auswärtigen Amt daher nur bis Unterabteilungsleiterebene empfangen¹¹². Das besagte letztlich wenig, traf er doch politisches Spitzenpersonal von SPD, Grünen und FDP anderenorts in deren Eigenschaft als Parteipolitiker¹¹³. Besonders enger Kontakt bestand dabei zur Kanzlerpartei SPD.

Für SPD-Kontakte wuchs zudem seit Mitte der 1970er Jahre dem vom militanten Extremisten zum Verständigungspolitiker gewandelten Issam Sartawi eine ähnlich wichtige Rolle zu. Sartawi plädierte schließlich sogar für die Anerkennung Israels durch die PLO und wurde dafür 1983 auf einer Tagung der Sozialistischen Internationalen (SI) von der radikalen Abu-Nidal-Gruppe ermordet¹¹⁴. In der PLO für die Kontaktpflege zu Westeuropas sozialistischen Parteien zuständig, pflegte Sartawi beste Beziehungen zu Wischniewski, Brandt, Bahr und anderen SPD-Größen. Diese traf er sogar wiederholt in Deutschland – bis das Auswärtige Amt, das über diese Kontakte auf der Parteischiene meist nur unvollständig unterrichtet

¹⁰⁷ Für Arafats Rede am 13. 11. 1974 vgl. Europa-Archiv 1975, D 619–622.

¹⁰⁸ Vgl. AAPD 1974, Dok. 339, Anm. 2.

¹⁰⁹ Zu Schröders Gespräch mit Arafat am 17. 12. 1974 vgl. die kontroverse Diskussion am 15. 1. 1975, in: Der Auswärtige Ausschuss 1972–1976, Dok. 41, S. 1018ff. Ferner Franz Eibl, Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966, München 2011, S. 26.

¹¹⁰ Vgl. dazu AAPD 1974, Dok. 371, Anm. 13.

¹¹¹ Im März 1974 wurde Frangis Ausweisung vom Verwaltungsgericht Darmstadt aufgehoben, im September kehrte er in die Bundesrepublik zurück, vgl. Frangi, Der Gesandte, S. 189.

¹¹² Vgl. DE Nr. 31 des VLR I Fiedler an Botschaft in Nairobi, 28. 1. 1982, PA-AA, Ref. 310, Bd. 135723.

¹¹³ Vgl. Frangi, Der Gesandte, S. 192, 197, 310.

¹¹⁴ Zur Person vgl. Szyszkowitz, Friedenskämpfer; Kraushaar, Wann endlich, S. 604–654; Willy Brandt, Erinnerungen, Berlin 1989, S. 392f.; Wischniewski, Mit Augenmaß, S. 162; Riegler, Im Fadenkreuz, S. 389–402.

war, den Warnhinweis gab, dass der Haftbefehl gegen Sartawi wegen des Riem-Anschlags noch immer in Kraft sei¹¹⁵.

Im Ausland pflegten vor allem die bundesdeutschen Botschaften in Beirut und Damaskus, meist auf der Ebene des Pressereferenten, inoffizielle Kontakte zu unteren Ebenen der PLO. Obwohl andere EG-Partnerstaaten deutlich weitergingen¹¹⁶, erlaubte die AA-Führung lediglich Kontakte zu PLO-Repräsentanten unterhalb der Führungsebene in den arabischen Konfrontationsstaaten¹¹⁷. Hier zeichnete sich deutlich Genschers Handschrift ab, der Palästinenserkontakten deutlich skeptischer gegenüberstand als sein Amtsvorgänger Scheel. Genschers persönliche Erfahrungen aus „München 1972“ mögen dabei eine Rolle gespielt haben¹¹⁸. Doch blieben für jeden politischen Entscheidungsträger Kontakte zur PLO ambivalent und risikoreich.

Denn wie glaubwürdig und seriös waren die Beteuerungen der PLO, sie habe sich vom Terrorismus verabschiedet? Zumal diese Abkehr nur im westlichen Ausland gelten sollte, während Israel Austragungsort des „Befreiungskrieges“ blieb. So starb im März 1975 beim PLO-Überfall auf das Savoy-Hotel in Tel Aviv ein deutscher Tourist als „Kollateralschaden“¹¹⁹. Wie weit war die Zusammenarbeit mit europäischen Linksextremisten tatsächlich beendet, wenn diese freundlich empfangen, aber für Gewaltaktionen an die radikalere PFLP weitervermittelt wurden¹²⁰? Wie weit konnte die PLO überhaupt Zusagen verbindlich garantie-

¹¹⁵ Afz. MDg Montfort, 14. 3. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 474. Vergeblich setzten sich daraufhin Staatsminister Wischniewski und das AA bei den Justizbehörden für eine Aufhebung des Haftbefehls aus übergeordneten außenpolitischen Interessen ein, vgl. Afz. des VLR I Fiedler, 21. 3. 1980, PA-AA, Ref. 310, Bd. 135723.

¹¹⁶ Ministerialdirektor Lahn vermerkte am 26. 3. 1975, Frankreich und Italien würden in Beirut regelmäßig Kontakte zur PLO bis zur Botschafterebene pflegen, die USA bis zum politischen Botschaftsrat, Großbritannien gelegentlich in gesellschaftlichem Rahmen. In Damaskus verhalte es sich ähnlich, dort hätten sogar die Niederlande hochrangige PLO-Kontakte. Vgl. AAPD 1975, Dok. 62, S. 305.

¹¹⁷ Explizit hieß es: „Kontakte sollten nicht vom Behördenchef [der Auslandsvertretung] hergestellt und nicht auf die Führungsebene der PLO ausgedehnt werden.“ DE Nr. 5910 des VLR I Böcker, 14. 11. 1977, PA-AA, Ref. 310, Bd. 119889.

¹¹⁸ Genscher, der als Bundesinnenminister direkt mit den Geiselnern verhandelt und sich sogar selbst als Ersatzgeisel angeboten hatte, nennt rückblickend die Ermordung der israelischen Sportler, die er nochmals hatte besuchen können, „die schrecklichste Erfahrung meiner ganzen Amtszeit als Mitglied der Bundesregierung [....]. Das Bild der Menschen, die auf den Betten saßen und mich hoffnungsvoll ansahen, wird mich nie mehr verlassen.“ Vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 147 und 156.

¹¹⁹ Am 5. 3. 1975 nahmen acht Fedayin Gäste des Savoy-Hotels als Geiseln. Beim Befreiungsversuch starben 7 Attentäter, 3 israelische Soldaten und 5 Geiseln, darunter zwei Schweizer und ein Deutscher. Vgl. FRUS 1972–1976, Vol. XXVI (Arab-Israeli Dispute 1974–1976), Dok. 139, S. 526, Anm. 2; DB Nr. 106 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 12. 3. 1975, PA-AA, Ref. 310, Bd. 108757.

¹²⁰ Inge Viett berichtet, angesichts der Abkehr der Fatah vom Terrorismus hätten Salameh und Abu Iyad ihr beim Beirut-Besuch 1975 zwar Solidarität zugesichert, aber nicht gezeigt. Diese habe sie und andere Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ erst beim zweiten Libanon-Besuch wenige Monate später von der PFLP erhalten, vgl. dies., Nie war ich furchtloser. Autobiographie, Hamburg 1996, S. 144f. Peter Jürgen Boock behauptet, als er und drei andere RAF-Angehörige am 10. 5. 1978 zwischenzeitlich in Jugoslawien festhalten worden seien, seien sie „im Auftrag der PLO unterwegs“ gewesen und hätten damit faktisch Diplomatenstatus ge-

ren? Schließlich war sie ein amorpher Dachverband aus höchst heterogenen Organisationen, die wie die pro-syrische *Saiqa* teils als Agenturen bestimmter Regierungen fungierten oder wie die PLFP der PLO zeitweise angehörten oder nicht. Selbst innerhalb Arafats Fatah führte die nachlassende Militanz immer wieder zu radikalen Abspaltungen, etwa der Abu-Nidal-Gruppe¹²¹. Außerdem blieben gravierende Bedenken angesichts der engen Verbindungen der Palästinenser zum Ostblock. Selbst ein etablierter Gesprächspartner wie Frangi pflegte schließlich zahlreiche Kontakte zu K-Gruppen¹²², bei denen die Übergänge zum Linksterrorismus fließend sein konnten.

Faktisch folgte die Bundesrepublik auch hier, wie so oft, dem Kurs der westlichen Vormacht USA. Diese hatten Israel 1975 formell zugesichert, erst dann offiziell Kontakt zur PLO aufzunehmen, wenn diese Israel anerkannt habe¹²³. Das hinderte indes beide Staaten nicht, auf die PLO zurückzugreifen, als es nach der Ermordung zweier US-Diplomaten in Beirut durch radikale Palästinenser¹²⁴ galt, die eigenen Botschaftsangehörigen und sonstige westliche Staatsangehörige aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Libanon zu evakuieren. Um für den dabei durch die PLO gestellten Geleitschutz zu danken, begab sich der westdeutsche Botschafter sogar persönlich in deren Beirut Hauptquartier¹²⁵.

Ohnehin hatten die USA bereits 1973, nach dem Diplomatenmord von Kharum, über den stellvertretenden CIA-Chef Vernon Walters heimlich Kontakte zur PLO geknüpft¹²⁶; dadurch hatten sie neben dem Versprechen von Ruhe an der Terrorfront auch wertvolle Hinweise auf Anschlagpläne gegen Außenminister Kissinger erhalten¹²⁷. In Beirut, das sich zu „einer Art Mekka internationaler Terrororganisationen“¹²⁸ entwickelt hatte, war es der CIA gelungen, Arafats schil-

habt. Tatsächlich dürfte die PLO Books Drogenentziehung in der Ost-Berliner Charité, zu der die Gruppe unterwegs war, vermittelt haben, vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 480.

¹²¹ Zu dieser vgl. Patrick Seale, Abu Nidal – der Händler des Todes. Die Wahrheit über den palästinensischen Terror, München 1992.

¹²² Vgl. Afz des VLR I Böcker, 18. 4. 1978, PA-AA, Ref. 310, Bd. 119889.

¹²³ Vgl. Kumamoto, International Terrorism, S. 186, bzw. Harald S. Saunders (1975–78 Leiter der „Intelligence and Resarch“-Abteilung im State Department, danach bis 1981 der Nahostabteilung), in: Foreign Affairs Oral History, http://memory.loc.gov/cgi-bin/query/D?mfdip:9:/temp/~ammem_5nce.

¹²⁴ Zur Ermordung des frisch ernannten US-Botschafters Francis Meloy und dessen Wirtschaftsreferenten Waring vgl. FRUS 1972–1976, Vol. XXVI (Arab-Israeli Dispute 1974–1976), Dok. 288, S. 1033; R. Kumamoto, International Terrorism, S. 188; Naftali, Blind Spot, S. 86f.

¹²⁵ Vgl. Schriftbericht des Botschafters Pachelbel-Gehag, Beirut, 14. 9. 1977, PA-AA, Ref. 310, Bd. 119889. Dass die US-Regierung der PLO für deren Hilfe öffentlich dankte, stieß in Israel auf deutliche Kritik, vgl. Bericht der österreichischen Botschafterin Nestor, Tel Aviv, 6. 7. 1976, in: Israel und der Nahostkonflikt 1972–1976, Dok. 98, S. 310, sowie Schriftbericht Nr. 982 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 29. 6. 1976, PA-AA, Ref. 310, Bd. 108734.

¹²⁶ Vgl. das Gespräch Walters – Khaled al-Hassan in Rabat, 3. 11. 1973, in: FRUS 1972–1976, Vol. XXV (Arab-Israeli Crisis and War 1973), Washington, D.C. 2011, Dok. 318, S. 882.

¹²⁷ Backchannel Message von Walters, z.Z. Rabat, 8. 3. 1974, in: FRUS 1972–1976, Vol. XXVI (Arab-Israeli Dispute 1974–1976), Dok. 30, S. 161. Über die US-Botschaft Beirut wurden direkte, wenn auch formal namenlose Nachrichten zwischen Kissinger und Arafat ausgetauscht, vgl. Naftali, Blind Spot, S. 74f.

¹²⁸ Klein, Die Rächer, S. 179.

lernenden Kronprinzen Ali Hassan Salameh für eine Zusammenarbeit zu gewinnen¹²⁹; Salameh verweilte dadurch zweimal in den USA. Kennern der amerikanischen Geheimdienstgeschichte zufolge soll in dieser Zeit Washingtons „intelligence“ zum Nahen Osten besser als jemals zuvor oder danach gewesen sein¹³⁰. Obwohl die Carter-Administration formell an der Nicht-Kontakt-Politik mit der PLO festhielt, zeichnete sich zunächst eine weitere Annäherung ab, gipfeln in Carters Plädoyer für ein „homeland provided for the Palestinian refugees who have suffered for many, many years“¹³¹. Dieser Prozess kam aber mit dem massiven Widerstand der Palästinenser gegen die unter US-Ägide vorangetriebene ägyptisch-israelische Annäherung zum Stillstand¹³². Die Ermordung Salamehs am 22. Januar 1979 durch eine israelische Autobombe in Beirut bedeutete für die heimlichen amerikanisch-palästinensischen Kontakte einen gravierenden Einschnitt¹³³; für die CIA begann damit das Ende ihrer Kooperation mit der PLO¹³⁴.

Auch in der Bundesrepublik wuchs nach der Kulmination des Terrors im „Deutschen Herbst“ 1977 das Interesse an einer Kooperation mit der zunehmend als

¹²⁹ Eine zentrale Rolle kam dabei dem Beirut CIA-Residenten Robert Ames zu, den seit 1969 eine Männerfreundschaft mit Salameh verband, die auch Ames' Versetzung 1978 nach Langley als neuer Abteilungsleiter für den Nahen Osten überdauerte, vgl. Dietl, *Agentin*, S. 215–217; Skelton-Robinson, *Netz*, S. 864. Ein weiterer wichtiger PLO-Kontaktmann war der zunächst in Beirut tätige US-Diplomat Robert Oakley, der in der Ford-Administration im NSC für den Nahen Osten zuständig war und unter Reagan zum Anti-Terrorismus-Beauftragten des State Departments aufstieg, vgl. Saunders, in: *Foreign Affairs Oral History*, http://memory.loc.gov/cgi-bin/query/D?mfidip:9:./temp/~ammem_5nce.

¹³⁰ So Tim Weiner, *CIA. Die ganze Geschichte*, Frankfurt a. M. 2008, S. 512.

¹³¹ Vgl. Rede Carters in Clinton, 16. 3. 1977, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=7180>. Im Gegensatz zu den vorigen US-Administrationen, die den Nahostkonflikt durch die Brille des Kalten Krieges betrachtet hätten, habe Carter ihn durch die der Menschenrechte betrachtet, urteilt Saunders; über seinen ehemaligen Wahlkampfmanager Landrum Bolling habe Carter zudem einen direkten Draht zur PLO gepflegt, vgl. *Foreign Affairs Oral History*, http://memory.loc.gov/cgi-bin/query/D?mfidip:9:./temp/~ammem_5nce.

¹³² Wie doppelbödig die US-Politik hinsichtlich der Palästinenserfrage blieb, zeigt sich daran, dass einerseits mit Kreiskys Hilfe ab Mai 1979 über die US-Botschaft in Wien ein weiterer geheimer Kanal zur PLO eröffnet wurde, vgl. Riegler, *Im Fadenkreuz*, S. 77. Andererseits musste der Carter nahestehende amerikanische UN-Botschafter Andrew Young im August 1979 zurücktreten, weil er sich offen zu einem Treffen mit dem New Yorker PLO-Repräsentanten bekannt hatte, vgl. Jimmy Carter, *White House Diary*, New York 2010, S. 351f. Zu den Beziehungen zwischen PLO und den USA vgl. inzwischen Paul Thomas Chamberlin, *The Global Offensive: The United States, the Palestine Liberation Organization and the Making of the Post-Cold War Order*, New York 2012.

¹³³ Vgl. Dietl, *Agentin*, besonders S. 253–285. Ob der Mord primär als Vergeltung für Salamehs Rolle beim Olympia-Anschlag in München anzusehen ist oder vielmehr erfolgte, um die sich intensivierende PLO-US-Verbindung zu kappen, kann offen bleiben. Für erstere Position vgl. Klein, *Die Rächer*, S. 235–247, für letztere Frangi, *Der Gesandte*, S. 213; Seale, *Abu Nidal*, S. 210.

¹³⁴ Den Endpunkt markierte der Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut am 18. 4. 1983, bei dem praktisch die gesamte Führung der CIA-Nahostabteilung, inklusive des eigens angeordneten Ames, ausgelöscht wurde. Zugleich markiert der von der schiitischen Hisbollah verantwortete Anschlag den Übergang vom linksideologischen Terrorismus der 1970er Jahre zum religiös-fundamentalistischen Terrorismus der Gegenwart, vgl. Weiner, *CIA*, S. 515; Naftali, *Blind Spot*, S. 135.

gemäßigt geltenden PLO. Bereits am ersten Tag der „Landshut“-Entführung hatte beim Zwischenstopp in Larnaka auch ein PLO-Repräsentant mit den palästinensischen Flugzeugentführern verhandelt und sie zur Aufgabe zu bewegen versucht, mit dem Argument, die Aktion schade der Sache Palästinas; und Arafat hatte über Frangi mitteilen lassen, die PLO werde „alles in ihrer Macht Stehende zur Rettung der Geiseln“ unternehmen¹³⁵. Nach Mogadischu erwähnte Bundeskanzler Schmidt daher auch die PLO unter jenen, denen Bonn für geleistete Hilfe Dank schulde¹³⁶.

Im Auswärtigen Amt nutzten dies die Beamten, um die Aufwertung der inoffiziellen PLO-Kontakte zu empfehlen: Im EG-Vergleich hinke die Bundesrepublik hinterher und besitze als einzige neben den Niederlanden keine Direktkontakte auf gehobener Ebene. Dies zu ändern, liege auch nahe, weil es konkrete Meldungen gebe, in Beirut stünden deutsche Terroristen mit den Gruppen von Habasch und Haddad in Kontakt, möglicherweise auch mit Fatah-Abspaltungen¹³⁷. Falls man „auf die palästinensische Haltung gegenüber deutschen Terroristen Einfluss nehmen“ wolle, würden weder die bisherigen niedrigen PLO-Kontakte noch die Beziehungen zu arabischen Regierungen ausreichen¹³⁸.

Die vom Kanzleramt betriebene Wiener Begegnung mit Salameh und Sartawi entsprach exakt diesem Ansatz. Von Seiten des Auswärtigen Amts dagegen kam eine Aufwertung der PLO-Kontakte zunächst nicht voran; erst wollte man eine Klärung der durch Anwar al-Sadats Jerusalem-Besuch ausgelösten Umbruchsituation in Nahost abwarten¹³⁹, die bekanntlich 1979 im ägyptisch-israelischen Separatfrieden von Camp David mündete.

Erst der Salameh-Mord brachte die westdeutsch-palästinensischen Beziehungen entscheidend voran. Etliche Spuren am Tatort deuteten in Richtung Bundesrepublik: Die Mossad-Agentin Erika Chambers, deren Schlüsselrolle bei der tödlichen Autobombe feststand, hatte trotz ihres britischen Passes häufig Deutsch gesprochen und davor in Köln und Wiesbaden gelebt, den Sitzen von Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. Bundeskriminalamt¹⁴⁰. Bald erreichten das Auswärtige Amt Meldungen, bei Palästinensern bestehe der Verdacht einer westdeutschen Involvierung in Salamehs Tod; mit entsprechenden Vergeltungsattacken sei zu rechnen, besonders auf die im muslimischen Westteil der Stadt gelegene Botschaft in Beirut oder jene in Damaskus¹⁴¹.

¹³⁵ Vgl. dazu mit weiteren Nachweisen Geiger, Landshut, S. 430f.

¹³⁶ Am 20. 10. 1977, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, Bonn 1977, S. 3758.

¹³⁷ Vgl. dafür DB Nr. 296 bzw. Nr. 343 des Botschafters Pachelbel-Gehag, Beirut, 26. 10. und 18. 11. 1977, PA-AA, B 150, Bd. 378 und 380.

¹³⁸ Vgl. Aufzeichnung des MD Lahn, 11. 11. 1977, PA-AA, Referat 310, Bd. 119889.

¹³⁹ Vgl. Afz des VLR I Böcker, 18. 4. 1978, PA-AA, Ref. 310, Bd. 119889.

¹⁴⁰ Vgl. DE Nr. 31 des VLR I Fiedler an Botschaft in Beirut, 19. 2. 1979; DB Nr. 82 des BR Neubauer, Beirut, 21. 2. 1979, beide PA-AA, B 150, Bd. 411; „Eine von Vierzehn“, Der Spiegel, 23. 4. 1979, S. 26–28.

¹⁴¹ Vgl. DE Nr. 31 des VLR I Fiedler an Botschaft in Beirut, 19. 2. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 411. Dort hieß es, dem Bonner PLO-Vertreter sei mitgeteilt worden, es bestehe der Verdacht, „dass eine interessierte Seite Fährten gelegt habe, um uns in den Fall Salameh hineinzuziehen“.

Um diese Gefahr zu entschärfen und die eigene Nichtbeteiligung zu beweisen, wurden Ermittler des BKA nach Beirut entsandt, um den Mord gemeinsam mit dem Sicherheitsdienst der PLO aufzuklären¹⁴². Dies war der Beginn einer sich rasch intensivierenden Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und PLO. Trotz Bedenken von Verfassungsschutz und BND, die dadurch ihre Zusammenarbeit mit Israel in Gefahr wähten und vor der Moskau-Nähe der PLO warnen, trieb BKA-Chef Horst Herold die aus Sicht des Terrorismusfahnders äußerst attraktive Zusammenarbeit energisch voran. Denn die palästinensische Diaspora war groß, in der ganzen arabischen Welt exzellent vernetzt und nicht selten in politisch-ökonomischen Schlüsselpositionen. Insofern eröffnete der PLO-Kanal aus BKA-Perspektive eine – wie die Folgemonate bestätigten – lukrative Informationsquelle über aktuelle Aufenthaltsorte und Pläne der in Nahost untergetauchten deutschen Extremisten. Darüber hinaus lieferte die PLO für die Asservatenkammer des BKA jenes lange gesuchte sowjetische Pistolenmodell, das beim Schleyer-Mord benutzt worden war¹⁴³.

Umgekehrt blieben – was der PLO ein Anliegen war – entsprechende Signale auf politischer Ebene nicht aus. Vor allem das Wiener Treffen im Juli 1979 zwischen Arafat, dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen (SI) war ein immenser Aufwertungsgewinn für die PLO¹⁴⁴. Obwohl Bundeskanzler Schmidt das Treffen gebilligt hatte¹⁴⁵, erließ das AA die distanzierende Sprachregelung, die Regierung bewerte nicht ein Treffen im Rahmen der SI; offizielle Beziehungen zur PLO werde es weiter erst geben, wenn diese Israels Existenzrecht anerkenne¹⁴⁶. Der stets auf politische Eigenständigkeit bedachte liberale Vizekanzler setzte seinerseits ein Zeichen, indem er als „Genschers Ziehsohn“ geltende FDP-Abgeordnete Jürgen Möllemann in Beirut mit Arafat zusammentraf¹⁴⁷. Doch als Möllemann zu weit vor-

¹⁴² Vgl. DE Nr. 348 des VLR I Türk an BKA, 15. 3. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 412; DB Nr. 70 des BR Neubauer, Beirut, 27. 3. 1979, ebenda, Bd. 413; DE Nr. 148 des VLR I Fiedler an Botschaft in Tel Aviv, 20. 4. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 125, S. 566, Anm. 10.

¹⁴³ Vgl. den erstaunlich präzise informierten Artikel „Papier vom Konditor“, Der Spiegel, 18. 2. 1980, S. 36–41, dessen Aussagen durch freigegebene VS-Akten im PA-AA untermauert werden, vgl. z. B. zur Lieferung der Makarow-Pistole (für die die PLO offenbar im Gegenzug Peilsender erhielt) DB Nr. 691 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 14. 12. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 434; DB Nr. 5 desselben, 4. 1. 1980, ebenda, Bd. 470. Politische Bedenken bestanden durchaus auch im AA, wo vermerkt wurde, das BKA habe auf eigene Verantwortung und mit eigenem Personal Kontakte zur PLO in Beirut und Tripolis gepflegt. Bei der Gegeneinladung des PLO-Vertreters in die Bundesrepublik versuche das BKA nun das AA einzubinden, um so die Verantwortung teilen zu können, vgl. Afz. des VLR Buchrucker, 13. 12. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 434.

¹⁴⁴ Zum Treffen am 8. 7. 1979 vgl. Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 8, S. 53, 531, Anm. 127; Brandt, Erinnerungen, S. 390f.; Frangi, Der Gesandte, S. 219f.; Riegler, Im Fadenkreuz, S. 74, 391.

¹⁴⁵ So Schmidt zum norwegischen MP Nordli, 12. 7. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 209, S. 1020.

¹⁴⁶ Vgl. Runderlass Nr. 80 Ortex des VLR Boll, 11. 7. 1979, PA-AA, Ref. 012, Bd. 111777.

¹⁴⁷ Schon im Vorfeld hatte Möllemanns innerparteiliche Konkurrentin, die Staatsministerin im AA, Hildegard Hamm-Brücher, Möllemann wegen der Kontaktaufnahme mit der PLO „als ‚unerfahrenen grünen Bengel‘ titulierte“, vgl. ders. an Genscher, 4. 7. 1980, PA-AA, Ref. 010,

preschte, ließ der Außenminister verkünden, die Reise erfolge ohne amtlichen Auftrag¹⁴⁸.

In diese Phase sich intensivierender PLO-Kontakte¹⁴⁹ fiel, nach entsprechenden Mossad-Hinweisen, die bereits erwähnte Verhaftung dreier mit Sprengstoff ausgestatteter Palästinensergruppen in der Bundesrepublik. Das drohte die aufkeimenden Beziehungen zu verschütten. Denn selbst wenn man der Schutzbehauptung glaubte, der Sprengstoff habe nicht für deutsche Ziele, sondern „nur“ für Briefbomben nach Israel eingesetzt werden sollen¹⁵⁰, schien die PLO entweder ihr Waffenstillstandsangebot nicht einhalten zu wollen oder ihre Leute nicht im Griff zu haben¹⁵¹. Die Berichte über die Befragung der inhaftierten Palästinenser durch Mossad-Agenten drohten der Verbindung endgültig den Garaus zu machen.

Dem Auswärtigen Amt, das sich offiziell für den Vorfall entschuldigte, teilte die PLO mit, die Empörung ihrer Basis sei so groß, dass Aktionen gegen Deutsche kaum noch zu verhindern seien – es sei denn, die verbliebenen Häftlinge würden umgehend abgeschoben¹⁵². Tatsächlich waren schon während des Prozesses gegen die Inhaftierten¹⁵³ drei Anschläge in Beirut auf die bundesdeutsche Botschaft

Bd. 178798. Auf Weisung Genschers erhielt Möllemann vorab ein Nahost-Briefing im Auswärtigen Amt, vgl. ebenda. Zum Gespräch mit Arafat am 8. 8. 1979 vgl. Jürgen Möllemann, Klartext. Für Deutschland, München 2003, S. 36f.; Frangi, Der Gesandte, S. 227.

¹⁴⁸ Vgl. Afz. des VLR I Fiedler, 9. 8. 1979, PA-AA, Referat 310, Bd. 119890. Die PLO indes hatte den „einfachen Abgeordneten“ genau wegen seiner (vermeintlichen) Nähe zu Genscher so prominent empfangen, vgl. DB Nr. 562 des BR Neubauer, Beirut, 15. 10. 1979, PA-AA, Ref. 310, Bd. 119889.

¹⁴⁹ Eingefädelt durch ein weiteres Wischniewski-Sartawi-Gespräch wurden von der Bundesrepublik im August 1979 als „humanitäre Spende“ zwei Krankenhausambulanzen an den von Jassir Arafats Bruder geleiteten Palästinensischen Roten Halbmond übergeben – trotz Warnungen des Auswärtigen Amts, dies könne Spekulationen über eine geänderte Haltung zur PLO weiter beflügeln, vgl. AAPD 1979, Dok. 220, S. 1058 f.

¹⁵⁰ So Fatah-Sicherheitschef Amin el-Hindi, der offen zugab, PLO-Sicherheitschef Abu Iyad habe die Verhafteten für diese Aktion in die Bundesrepublik geschickt, vgl. AAPD 1979, Dok. 125, S. 565. Hindi gehörte wie Frangi oder das PLO-ZK-Mitglied Hani Hassan zur als „deutsche Bande“ bespöttelten Gruppe ehemaliger palästinensischer Studenten in der Bundesrepublik, vgl. Frangi, Der Gesandte, S. 99 f.

¹⁵¹ Für die zweite Variante spricht, dass mehrere der Verhafteten im Libanon wegen „Feigheit vor dem Feind“ diszipliniert worden waren und sich wohl durch eine Anschlagaktion von diesem Makel befreien sollten, vgl. „Papier vom Konditor“, Der Spiegel, 18. 2. 1980, S. 38. Frangi sprach von „von der Linie der Führung abweichenden Gruppen der PLO“, Afz. MDg Hille, 25. 10. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 308, S. 1558. Gestützt auf PLO-Quellen, kam das MfS der DDR zu einem ähnlichen Befund, indem es eine eigenmächtige, nicht von Arafat gedeckte Aktion Abu Iyads und Abu Dauds vermutete, vgl. Thomas Riegler, Ein Attentat, das nicht stattfand. Der verhinderte palästinensische Mordanschlag auf Anwar as-Sadat, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011), S. 938–959, hier S. 948. Unklar bleibt die Rolle des israelischen Doppelagenten in der Berliner Palästinensergruppe, der als „agent provocateur“ agiert haben könnte. Jedenfalls wurde der nach PLO-Angaben in Israel untergetauchte Mann von den deutschen Behörden im Frühjahr 1980 zur Fahndung ausgeschrieben, vgl. DB Nr. 109 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 29. 2. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 473.

¹⁵² Vgl. Afz. MDg Hille, 25. 10. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 308, S. 1559.

¹⁵³ Der Prozess gegen die vier in Elten und Passau verhafteten Palästinenser endete im Juli 1979 mit je zwei Urteilen zu zweieinhalb Jahren Haft wegen Sprengstoffbesitzes bzw. zu vier Monaten wegen Passvergehens; letzteres war mit der Untersuchungshaft praktisch abgeolten,

bzw. das Lufthansa-Büro verübt worden¹⁵⁴. Bonn rettete die Sicherheitskooperation, indem es, wie gewünscht, die beiden in Bayern inhaftierten Palästinenser abschob¹⁵⁵. Wie zum Beweis, dass der „back channel“ weiter funktioniere, übermittelte der PLO-Sicherheitsdienst daraufhin neue Informationen über im Libanon gesichtete deutsche Linksextremisten¹⁵⁶ – auch wenn PLO-Geheimdienstchef Abu Iyad zeitgleich in einem Spiegel-Interview den Sicherheitspakt mit der Bundesregierung rundweg abstritt¹⁵⁷.

Das klang paradox, doch Geheimhaltung war nun einmal integraler Bestandteil des auf beiden Seiten höchst umstrittenen, aber effektiven Deals. Entsprechend ungehalten reagierte die PLO, als im Frühjahr 1980 die Presse recht präzise über das Arrangement berichtete¹⁵⁸. Nachdem es wenig später bei der Festnahme der RAF-Terroristin Sieglinde Hofmann und vier weiterer RAF- bzw. „Bewegung 2. Juni“-Frauen in Paris am 5. Mai 1980 hieß, der Fahndungserfolg verdanke sich Hinweisen der PLO¹⁵⁹, ließ der zuständige PLO-Mann mitteilen: „Entweder man arbeite weiter zusammen wie bisher im Geheimen oder gar nicht. Es könne nicht

so dass eine Abschiebung noch im selben Monat möglich war, vgl. Dietl, Agentin, S. 297. Das Auswärtige Amt informierte wenige Tage nach dem Urteil das Justizministerium, um eventuelle Freipressaktionen zu verhindern, solle der palästinensischen Seite möglichst bald signalisiert werden, dass auch im Fall der verbleibenden Inhaftierten nicht mit Verbüßung der ganzen Freiheitsstrafe zu rechnen sei, vgl. Afz. des MDg Verbeek, 25. 7. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 423. Der Prozess gegen die Berliner Palästinensergruppe begann erst am 18. Oktober 1979, vgl. AAPD 1979, Dok. 125, S. 565, Anm. 5. Auch hier wurden die zu Haftstrafen zwischen zwei- und dreieinhalb Jahren Verurteilten teilweise vorzeitig abgeschoben, vgl. Dietl, Agentin, S. 300.

¹⁵⁴ Am 17., 24. 8. sowie am 4. 9. 1979. Die Urheber der Anschläge blieben im Dunkeln. Der Fatah-Sicherheitsdienst sah keine Hinweise dafür, dass die Anschläge der Freipressung der in der Bundesrepublik Inhaftierten dienen sollten; der Leiter des Beirut Lufthansa-Büros hielt sogar „von der Interessenlage“ her eine „israelische Urheberschaft der Anschläge“ für am wahrscheinlichsten, vgl. AAPD 1979, Dok. 308, S. 1558, Anm. 5. Andererseits gab es Hinweise der libanesischen Polizei, dass die Attentäter des zweiten Botschaftsanschlags im Fatah-Hauptquartier verschwunden seien, vgl. DB Nr. 451 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 3. 9. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 426. Seit 1. 9. 1979 „schützte“ ein „Fatah-Sicherheitsmann in Zivil“ die westdeutsche Botschaft, vgl. DB Nr. 450 von Schmidt-Dornedden, Beirut, 3. 9. 1979, ebenda. Im Oktober ließ der Sicherheitschef der PLO, Abu Houli, 6 Mitglieder einer Fatah-Splittergruppe wegen der Anschläge verhaften, vgl. AAPD 1979, Dok. 308, S. 1558.

¹⁵⁵ Vgl. „Zwielichtige Geschichte“, Der Spiegel, 12. 11. 1979, S. 26f. Den beiden Abgeschobenen wurde im Libanon von der PLO-Führung in Anwesenheit eines deutschen Botschaftsvertreters demonstrativ eröffnet, sie würden wegen ihrer unerlaubten, politisch störenden Aktion zur Verantwortung gezogen werden, vgl. DB Nr. 632 des BR Neubauer, Beirut, 13. 11. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 490.

¹⁵⁶ Z. B. über Susanne Albrecht, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Sieglinde Hofmann, vgl. DB Nr. 636 des BR Neubauer, Beirut, 16. 11. 1979, PA-AA, B 150, Bd. 432.

¹⁵⁷ Vgl. „Dann wird es Waffen und Bomben geben“, Der Spiegel, 17. 12. 1979, S. 26–29.

¹⁵⁸ Vgl. insbesondere „Papier vom Konditor“, Der Spiegel, 18. 2. 1980, S. 36–40; dazu DB Nr. 100 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 22. 2. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 473.

¹⁵⁹ Vgl. „Die PLO leistet der deutschen Kriminalpolizei Hilfe bei der Bekämpfung von Terroristen“, Die Welt vom 5. 6. 1980, S. 2; im Spiegel hieß es, der Tipp sei aus Aden gekommen, vgl. „Sieben singen“, Der Spiegel, 12. 5. 1980, S. 27–29. Zur Festnahme vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 513f.

angehen, dass [das] BKA in dieser Form seiner Organisation durch derartige Presseveröffentlichungen in den Rücken falle.“¹⁶⁰ Aus BKA-Sicht hatten die Presseberichte dennoch etwas Gutes, denn sie lenkten die Aufmerksamkeit auf eine falsche Fährte.

Neben der Sicherheitskooperation mit der PLO hatten sich dem BKA nämlich über die Botschaft in Beirut seit Frühjahr 1980 weitere palästinensische Informationsquellen eröffnet, die ergiebig sprudelten. Die zwei Informanten, die sich, offenbar ohne voneinander zu wissen, in der Beirut-Botschaft den deutschen Behörden mit Insiderwissen andienten, entstammten jener Palästinenser-Gruppe, die am engsten mit den europäischen Linksterroristen kooperierte: dem PFLP-Flügel des 1978 in Ost-Berlin verstorbenen Wadi Haddad.

Informant Nr. 1, ein gewisser Kahlid Jihad, entstammte sogar der Führungsebene der Haddad-Gruppe. Nach eigenen Angaben hatte er im Irak und Südjemen deutsche Terroristen ausgebildet. Auf Fahndungsbildern der Botschaft erkannte er gleich zehn Terroristen und lieferte Details zu deren verändertem Aussehen, Gewohnheiten, arabischen Decknamen sowie zu Binnenstruktur und derzeitigem Aufenthalt der Gruppe. Als Motiv für den Verrat an seinen Kampfgenossen kristallisierte sich eine Liebesbeziehung zu Marion Folkerts aus dem RAF-Umfeld heraus, die er nach deren Haftentlassung wiederzusehen wünschte¹⁶¹. Auch Geld dürfte eine Rolle gespielt haben, denn der Informant hatte offensichtlich ein Alkohol- und Tablettenproblem¹⁶².

Sein vielversprechender Einstand, durch die falsche PLO-Fährte der Presse geschickt verschleiert, war die „Lieferung“ der Sieglinde Hofmann-Gruppe in Paris. Der BKA-Repräsentant an der Botschaft Beirut, Manfred Köhler, erhielt entsprechend grünes Licht für mehr, obwohl sowohl dem vorgesetzten Botschafter wie auch der AA-Zentrale der brennende Vorgang nur noch schwer vereinbar mit diplomatischen Geschäften erschien¹⁶³. So wurden für Jihad Sonderkonten eingerichtet, u. a. in der Schweiz mit insgesamt 50 000 DM, davon 10 000 DM zur sofortigen Verfügung, für den Absetzungsfall ein jordanischer Pass mit Dauereinreisegenehmigung für Deutschland hinterlegt und sogar über Köhlers Frau eigens eine konspirative Wohnung angemietet¹⁶⁴.

Ab Juni 1980 trat ein zweiter Informant aus der PFLP-SC-Gruppe namens Al-laeddin Hadwan hinzu, der im Südjemen baskische ETA-Kämpfer ausgebildet und deutsche Terroristen kennengelernt hatte¹⁶⁵. Ein sehr enges privates Verhältnis hatte er zu Brigitte Mohnhaupt entwickelt, also zur Zentralfigur der zweiten

¹⁶⁰ DB Nr. 293 des BR Altenburg, Beirut, 16. 6. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 480.

¹⁶¹ Vgl. DB Nr. 227 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 22. 8. 1980; AAPD 1980. Bearb. von Tim Geiger, Amit Das Gupta und Tim Szatkowski, München 2011, Dok. 127, S. 667–669; Thomas Scheuer, Unser Mann in Beirut, in: Focus, 16. 10. 2000, S. 52–60.

¹⁶² Vgl. DB Nr. 293 des BR Altenburg, Beirut, 16. 6. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 480.

¹⁶³ Vgl. AAPD 1980, Dok. 127, S. 669, Anm. 8.

¹⁶⁴ Vgl. DB Nr. 269 des BR Altenburg, Beirut, 24. 5. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 479; DB Nr. 279 bzw. Nr. 291 desselben, 5. und 13. 6. 1980, ebenda, Bd. 480.

¹⁶⁵ Vgl. DB Nr. 306 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 24. 6. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 481.

RAF-Generation. Hadwan lieferte noch mehr Details über die Binnenstruktur der Linksterroristen und der Palästinenser-Organisationen, inklusive über Informanten Nr. 1, sowie deren internationale Netzwerke. Hadwan informierte auch über RAF-Pläne, mit einem Sprengstoffanschlag Kanzler Schmidt „aus Rache für Mogadischu“ bei einem Wahlkampfauftritt in Hamburg zu töten¹⁶⁶. Er bot an, bei seinem nächsten Aden-Aufenthalt heimlich Fotos des PFLP-Camps, der sowjetischen Waffendepots, der Wohnung Mohnhaupts und ihrer selbst (im Schlaf) zu fertigen¹⁶⁷. Seine BKA-Betreuer akzeptierten, soweit dies ohne Eigengefährdung möglich sei, lehnten aber wie das Auswärtige Amt ausdrücklich Hadwans Angebot ab, Mohnhaupt – von ihm konsequent mit ihrem arabischen Kampfnamen „Hind“ bezeichnet – notfalls umzubringen¹⁶⁸.

Hadwans Südjemen-Aufenthalt verlief dann anders als geplant. Beim unerlaubten Fotografieren im Lager ertappt, wurde er vorzeitig nach Beirut zurückgeschickt¹⁶⁹. Informant Nr. 2 hatte sich damit so verdächtig gemacht, dass kurz darauf die deutschen Behörden zu Hadwans Schutz seine Absetzung via Zypern vollzogen¹⁷⁰. Dieses „Auffliegen“ erwies sich jedoch insofern als hilfreich, dass mögliche Verdachtsmomente auf der Gegenseite sich nun allesamt auf Hadwan konzentrierten und somit die V-Mann-Funktion von Informant 1 gesichert fortgeführt werden konnte. Noch bis Ende der 1980er Jahre lieferte Khalid Jihad den deutschen Sicherheitsdiensten wertvolle Hinweise¹⁷¹.

Hadwans Information, bei der PFLP-SC in Aden gäre der Unmut über eine Privilegierung der ausländischen Genossen¹⁷², deutete bereits an, dass die Zeit, in der Südjemen und andere Orte im Nahen Osten sichere Rückzugsgebiete deutschen Linksterroristen bildeten, zu Ende ging. Ihre Rückzugsräume fanden diese seit Beginn der 1980er Jahre statt im Nahen Osten zunehmend in der DDR¹⁷³. Die Bemühungen der Bundesregierung, RAF und „Bewegung 2. Juni“ ihre arabischen Schutzräume zu nehmen, trugen insofern greifbare Früchte.

4. Schlussbetrachtung

Abschließend lassen sich im Sinne einer Bilanz bzw. eines Ausblicks fünf Punkte hervorheben:

¹⁶⁶ Vgl. DB Nr. 314 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 30. 6. 1980, ebenda.

¹⁶⁷ Vgl. DB Nr. 341 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 14. 7. 1980, PA-AA, B 150, Bd. 482.

¹⁶⁸ Vgl. DB Nr. 349 des Botschafters Schmidt-Dornedden, Beirut, 16. 7. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 250, S. 1310, Anm. 3.

¹⁶⁹ Vgl. DB Nr. 440 des BR Altenburg, Beirut, 29. 8. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 250, S. 1310–1316.

¹⁷⁰ Vgl. dazu AAPD 1980, Dok. 250, S. 1316, Anm. 16.

¹⁷¹ Vgl. Scheuer, Unser Mann in Beirut, S. 60.

¹⁷² Vgl. DB Nr. 450 des BR Altenburg, Beirut, 3. 9. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 250, S. 1316, Anm. 16.

¹⁷³ Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 556–577.

1) Für die Bundesrepublik wie andere westliche Staaten galt, dass Anti-Terrorismus-Aspekte eine wichtige, nie aber die dominierende oder gar alleinentscheidende Triebfeder ihrer Nahost-Diplomatie waren. Andere allgemeinpolitische oder ökonomische Motive waren für sie in der Regel vorrangiger.

2) Die deutschen und westeuropäischen Wege zur Unnachgiebigkeit gegenüber Terroristen waren lang, keineswegs gerade oder gar unumkehrbar. Das zeigte sich insbesondere im Nahen Osten.

3) Traditionellen pro-westlichen Verbündeten in der Region kam auch im westlichen Anti-Terror-Kampf eine wichtige Rolle zu. Zu nennen sind hier insbesondere Israel, Jordanien und Ägypten, das seit Sadats Wende zum Friedenskurs mit Israel zweitgrößter Empfänger Bonner Entwicklungshilfe wurde¹⁷⁴, aber auch Saudi-Arabien. Obwohl Ende November 1979 französische Spezialkräfte ins Land gerufen werden mussten, um die über zweiwöchige Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch religiöse Fanatiker zu beenden¹⁷⁵, gab es schon seit 1978 eine, unter dem Eindruck von „Mogadischu“ erbetene Ausbildungshilfe der GSG-9 zum Aufbau einer eigenen saudischen Anti-Terror-Truppe¹⁷⁶. Seit 1980 half die Bundesregierung Riad zudem im Geheimen beim Aufbau eines landesweiten Funküberwachungssystems¹⁷⁷.

4) Der Umgang mit als terroraffin geltenden arabischen Staaten wie Libyen, Südjemen, Syrien oder Irak harrt noch eigener Darstellungen und kann allenfalls angedeutet werden. Denn selbst hier waren vereinzelte Kooperationen nicht ausgeschlossen. Dies zeigte 1977 Südjemens der Politik der Bundesregierung entgegenkommende, da eine Aufnahme von deutschen Terroristen kompromisslos ablehnende Haltung während der Schleyer- und „Landshut“-Entführung¹⁷⁸ ebenso wie 1980 das Angebot Syriens zur Anti-Terror-Kooperation der Geheimdienste, als sich das Assad-Regime durch die Muslimbruderschaften bedrängt sah¹⁷⁹, oder der sehr spezielle bundesdeutsche Umgang mit Libyen. Denn obwohl Muammar al-Gaddafi als „Pate“ und Finanzier zahlreicher terroristischer „Befreiungsbewegungen“ firmierte, war es nach einem Besuch von Bundesinnenminister Gerhart Baum in Libyen 1978 gelungen, ein für beide Länder nützliches Arrangement zu

¹⁷⁴ Vgl. Gespräch Schmidts mit israelischem Außenminister Dayan, 10. 9. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 261, S. 1302.

¹⁷⁵ Die Besetzung am 20. 11. 1979 und die diversen Befreiungsversuche verliefen äußerst blutig: 177 Besetzer, 127 Sicherheitskräfte und 26 Geiseln starben, über 600 Menschen wurden verletzt. Vgl. Florian Peil, Es begann in Mekka, in: Die Zeit, 9. 2. 2007, S. 90.

¹⁷⁶ Vgl. AAPD 1979, Dok. 34, S. 156, Anm. 12; Dieter Schenk, BKA. Polizeihilfe für Folterregime, Bonn 2008, S. 201, 203.

¹⁷⁷ Zum sogenannten „Monitor-System“ vgl. AAPD 1979, Dok. 23, 34 und 213, sowie AAPD 1981. Bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, Dok. 118, Anm. 38, S. 663 und Dok. 119, Anm. 14, S. 671. Zur Anti-Terror-Kooperation mit Saudi-Arabien ferner DB Nr. 610 des Botschafters Freiherr von Stein, Djidda, 16. 10. 1983, in: AAPD 1983, Dok. 307, S. 1538.

¹⁷⁸ Dazu Geiger, Landshut, S. 424–426, 437f.

¹⁷⁹ Vgl. Afz. des VLR I Fiedler, 1. 4. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 99, S. 548f.

finden¹⁸⁰: Libyen verzichtete auf Unterstützung für deutsche Terroristen, dafür wurden libysche Sicherheitskräfte aus- und weitergebildet, was offenbar sogar den Umgang mit Sprengstoff umfasste¹⁸¹.

5) Zentral für den Anti-Terror-Kampf blieb das Verhältnis zu den Palästinensern, denn diese galten dem europäischen Linksterrorismus der 1970er Jahre nach dem Ende des Vietnamkriegs als Avantgarde der internationalen Revolution; als militärische Trainer, Waffenlieferanten und aktive Kombattanten bzw. Garanten eines vor polizeilichen Zugriffen sicheren Rückzugsgebietes waren sie es lange auch. Trotz aller internen Spaltungen und Fraktionskämpfe blieb auf Seiten der Palästinenser die PLO der zentrale Faktor, den man im Westen vorrangig berücksichtigen musste, vor allem als sich die PLO unter Arafat seit Mitte der 1970er Jahre offiziell von Terroraktionen zu distanzieren begann.

Um vor Anschlägen radikaler Palästinenser bzw. von ihnen unterstützter Bewegungen sicher zu sein, trafen mehrere westeuropäische Staaten wie Italien, Frankreich, Spanien und Griechenland ein stillschweigendes Arrangement mit der PLO. Der Preis für die dadurch erwirkte Ruhe an der heimischen Terrorfront war politische Unterstützung für die internationale Aufwertung der Palästinenser. Eine wichtige Wegmarke stellte in dieser Hinsicht die historisch gewordene Erklärung des Europäischen Rats vom 13. Juni 1980 in Venedig dar, die erstmalig und explizit den Einbezug der PLO in eine Friedenslösung für den Nahen Osten forderte¹⁸².

Die Bundesrepublik folgte diesem westeuropäischen Trend vergleichsweise spät und blieb – mit Blick auf ihr stets historisch heikles Verhältnis zu Israel – mit offiziellen Palästinenserkontakten weiter zurückhaltend, trotz der seit 1979 aufblühenden klandestinen BKA-PLO-Verbindung. Selbst dann blieben inneradministrative Widerstände stark. Im Auswärtigen Amt bremste die Amtsspitze, und im Kanzleramt wollte Helmut Schmidt aus gutem Grund nicht allzu genau wissen, mit wem auf Seiten der Palästinenser sein enger Berater Wischniewski Kontakte pflegte¹⁸³.

Unterm Strich trugen die für westdeutsche Terrorfahnder seit Anfang der 1980er Jahre zunehmend üppiger sprudelnden Quellen aus dem Nahen Osten das ihre zu wachsenden Erfolgen im Kampf gegen den deutschen Linksterrorismus bei, sofern dessen Vertreter nicht von sich aus den „Berufsausstieg“ mitsamt Umsiedlung Richtung DDR bevorzugten.

¹⁸⁰ Vgl. „Deutsche Hilfe für Libyen schon 1979“ bzw. „Weshalb Gaddafi die RAF für geisteskrank hielt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 4. 2008, S. 1 und 3; Gerhart Baum, *Meine Wut ist jung. Bilanz eines politischen Lebens*, München 2012, S. 118.

¹⁸¹ Vgl. Afz. des MD Meyer-Landrut, 9. 2. 1979, in: AAPD 1979, Dok. 35, S. 158–160; Afz. des MD Blech, 24. 10. 1980 bzw. Afz. des VLR Derix, 29. 10. 1980, beide PA-AA, B 150, Bd. 489; „Auf Allah geschoben“, *Der Spiegel*, 12. 11. 1979, S. 65 und 68. Zu den westdeutsch-libyschen Beziehungen vgl. Tim Szatkowski, *Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982*, München 2013.

¹⁸² Vgl. Runderlass Nr. 82 des LR I Oehms, 18. 6. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 177, S. 923.

¹⁸³ Vgl. „Nuschelige Kontakte“, *Der Spiegel*, 26. 11. 1979, S. 37f.